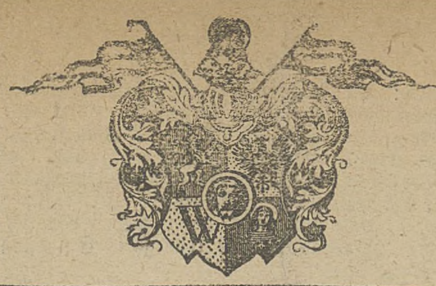
Breslauer  Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 15 Sgr. — Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 2 Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 42. Mittag-Ausgabe. Vierundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. Sonnabend, den 25. Januar 1873.

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

32. Sitzung des Abgeordnetenhauses. (24. Januar.)

11 Uhr. Am Ministertisch Graf zu Eulenburg und Dr. Leonhardt mit zahlreichen Commissarien.

Vom Minister des Handels ist ein Nachweis der unvorhergesehenen Ausgaben in der Verwaltung der Staatseisenbahnen pro 1871 an das Haus gelangt.

Vom Abg. v. Gottberg, unterstützt von 31 Mitgliedern der Rechten, ist folgende Interpellation eingebracht: 1) Hat die Staats-Regierung statistische Nachrichten über die im verflossenen Jahre aus den östlichen Provinzen nach überseeischen Ländern stattgefundenen Auswanderungen eingezogen? 2) Beabsichtigt die Staats-Regierung Maßregeln zu ergreifen resp. der Reichs-Regierung vorzuschlagen, um den aus dieser massenhaften Auswanderung dem Staat in militärischer Beziehung, insbesondere aber der Landwirthschaft drohenden Gefahren vorzubeugen?

Der Herr Minister des Innern erklärt sich sofort zu antworten bereit, worauf der Interpellant seine Anfragen folgendermaßen begründet: In den letzten Jahren, besonders seit Beendigung des französischen Krieges, hat die Auswanderung aus Pommern und den anstoßenden Theilen von Westpreußen und Posen in einem für die wirthschaftlichen Verhältnisse höchst bedenklichen Maße zugenommen. In der Presse, in den landwirthschaftlichen Vereinen und Congressen ist diese Frage lebhaft erörtert und dadurch erklärt worden, daß die Gutsbesitzer ihre Leute nicht so stellen, daß sie leben und sich die Mittel zum Erwerb eines kleinen Grundbesitzes verschaffen können; andererseits wurde auch hervorgehoben, die Leute seien mit den Verhältnissen in Preußen nicht zufrieden, die Militärverhältnisse seien zu drückend und die Steuern zu hoch. Nach meiner Auffassung suchen die Auswanderer überhaupt eine Verbesserung ihrer materiellen Lage und werden beeinflußt, durch concessionirte und nicht concessionirte Agenten, die ein lucratives Gewerbe aus der Sache machen, und durch das Zureden ihrer bereits ausgewanderten Angehörigen.

Ich lege ein besonderes Gewicht auf die Agenten, die es sehr gut verstehen sich gegen das Strafgesetz zu schützen. Der § 144 bestraft Leute, „die es sich zum Geschäft machen, unter Vorspiegelung falscher Thatsachen oder wissentlich mit unbegründeten Angaben, zur Auswanderung zu verleiten, mit Gefängniß von einem Monat bis zu zwei Jahren." Nun ist natürlich ein solcher Nachweis sehr schwer zu führen. In Pommern sind die Agenten so dreist, sich direct an Pfarrer und Schullehrer zu wenden und ihnen pro Kopf der zur Auswanderung Beredeten 2 Thlr. zu versprechen. Ich will nun keineswegs Anträge stellen, um die Freiheit zur Auswanderung zu beschränken, aber mir scheint doch jetzt diese Freiheit in eine gewisse Zuchtlosigkeit auszuarten. Die Leute glauben durch die Auswanderung nach Amerika aller hiesigen Verbindlichkeiten völlig baar zu werden, keine Legitimation zu gebrauchen und thun zu können, was sie wollen. Darin liegt eine Mißachtung der Gesetze; die Verfassung garantirt die Freiheit der Auswanderung, beschränkt sie aber in Bezug auf die Militärverhältnisse. Solche Beschränkung findet sich in der Militär-Ersatz-Instruction vom 26. März 1868, ferner in den §§ 15 und 17 des Reichsgesetzes über Erwerbung und Verlust der Staatsangehörigkeit vom 1. Juni 1871. Dazu kommt noch Nr. 3 des § 360 des Strafgesetzbuches, wonach mit Geldstrafe bis zu 50 Thalern oder mit Haft bestraft wird, „wer als beurlaubter Reservist oder Wehrmann der Land- oder Seewehr ohne Erlaubniß auswandert". Was die bloße Reise nach überseeischen Ländern betrifft, so haben auch die Wehrpflichtigen volle Freiheit dazu; man kann den Urlaub zur Reise nicht verweigern, selbst wenn man moralisch überzeugt ist, daß diese jungen Leute nie in die Heimath zurückkehren werden.

Selbst Reservisten und Landwehrleuten, wenn sie sich gut geführt haben, kann ein zweijähriger Urlaub zur Reise nach überseeischen Ländern in der Regel nicht verweigert werden. Solche Urlaubsbewilligungen werden aber vielfach zur Auswanderung benutzt. Nun ist die Möglichkeit einer solchen Umgehung des Gesetzes schon an und für sich schlimm; unerhört ist es aber doch, daß die Behörden, trotzdem sie wissen, daß die Leute sich der Wehrpflicht entziehen, den Urlaub bewilligen müssen. Es kann allerdings das Desertionsverfahren eingeleitet werden, aber das hat nur endlose und vergebliche Schreibereien zur Folge, während die Behörde weiß, daß der Mann in Amerika ist und man ihm nichts anhaben kann. Die Sache berührt aber auch noch andere Verhältnisse, die contractlichen Gesinde- die Communalverhältnisse, das ganze Societäts- und Armenwesen. Die Leute kümmern sich um die eingegangenen Verbindlichkeiten gar nicht, sie gehen einfach fort und hinterlassen häufig erwerbsunfähige Angehörige, die dann der Armenpflege zur Last fallen. Möchte doch die Regierung mit allen Mitteln auch beim Reich dahin wirken, daß an den Einschiffungsorten mit Strenge darauf gehalten werde, daß jeder Auswanderer mit einer Auswanderungsurkunde versehen sei, daß er nachweise, seinen Militär-, und Communal- und anderen Pflichten genügt zu haben, und daß endlich das Agenturwesen auf gesetzlichem Wege der Revision und Abänderung unterworfen werde.

Der Minister des Innern: Nachweisungen über die Auswanderung für 1872 liegen noch nicht vor, werden aber in wenigen Wochen eingehen. Schon früher wurden über die Auswanderung in Preußen regelmäßig statistische Einziehungen erhoben, und ein Beschluß des Bundesraths vom 7. September 1871 hat diese Maßregel für das ganze Reich angeordnet. Die Anordnungen sind von den Landesregierungen erlassen worden, und die einheitliche Frist für ihre Zusammenstellung ist der 15. Februar. Dann werden die Angaben hier zusammenfließen und die Zusammenstellungen gemacht werden können. Ich bin also augenblicklich nicht im Stande, über die Auswanderungsverhältnisse des Jahres 1872 eine erschöpfende Mittheilung zu machen. Im Ganzen ist die Frage, die der Herr Interpellant berührt hat, außerordentlich wichtig, tief einschneidend und der Besprechung sehr würdig. Von allen Seiten wird, wenn ich mich so ausdrücken darf, die Entvölkerung der Kreise bemerkt und schmerzlich gefühlt, allein es liegen doch dem ganzen Phänomen tiefere Gründe unter, als solche, die durch Polizeimaßregeln beseitigt werden könnten. (Sehr richtig! links.) Ich erlaube mir nur, obgleich dies nicht unmittelbar hiermit zusammengehört, die Zahlen zu nennen, die sich für das Jahr 1871 herausgestellt haben. Da sind aus der Provinz Preußen ausgewandert 5348, aus Brandenburg 1818, aus Pommern 4094, aus Posen 2877, aus Schlesien 1694, aus Sachsen 979, zusammen also aus diesen Provinzen 16,110; außerdem aus Hannover 8510 (hört!), aus Westfalen 2181, aus Hessen-Nassau 3989, aus der Rheinprovinz mit Einschluß der Hohenzollern'schen Lande 2944, das giebt also eine Totalsumme für den preußischen Staat von 38,545. Davon sind mit Auswanderungs-Consens ausgewandert 26,783 und ohne Consens 13,860; die letztere Ziffer kann natürlich nicht ganz genau sein, da sie auf Hörensagen basirt ist.

Nun werden Sie sich erinnern, daß, als die Berichte der letzten Volkszählung des vierjährigen Zeitraums von 1867—71 eingingen und zusammengestellt waren, in Zeitungsberichten von mehreren Kreisen gesagt wurde, ihre Bevölkerung hätte abgenommen und das ist allerdings der Fall. Die Resultate sind auffallend; mir liegt eine Zusammenstellung vor, wonach die ländliche Bevölkerung abgenommen hat in der Provinz Preußen bei 17 Kreisen, in Brandenburg bei 18, in Pommern bei 21, in Posen nur bei 6, in Schlesien aber bei 27, in Sachsen bei 17, in Schleswig-Holstein bei 10, in Hannover bei 26, in Westfalen bei 21, in Hessen-Nassau bei 23, in der Rheinprovinz bei 35, in Hohenzollern bei 2, zusammen also bei 221 Kreisen und 2 Amtsbezirken. In demselben Maße, wie die ländliche Bevölkerung in diesen Kreisen abgenommen hat, hat sie sich auch in einem großen Theile der kleinen Städte vermindert, so daß nach den Zählungen der letzten Jahre im ganzen Staat bei 575 Städten die Bevölkerung abgenommen, bei 705 aber zugenommen hat und dann freilich auch in sehr hervorragendem Maße. Rechnet man die städtische und ländliche Bevölkerung der Kreise zusammen, so hat im Ganzen die Bevölkerung abgenommen in beiden Nüancen bei 193 Kreisen und 2 Amtsbezirken. Nun ist es ja nicht so unbekannt, daß die hier verschwundene Bevölkerung zum Theil nach den Centren zusammengedrängt, zum andern Theil allerdings ausgewandert ist.

Es müssen aber noch andere Momente in Betracht gezogen werden, die hier zur Geltung kommen. Ich führe als solche an die Epidemien, unter denen wir zu leiden gehabt haben, den Verlust der letzten Kriege, den Ausfall der Geburten bei den Familien der Landwehrleute und Reservisten, die im Felde waren (Heiterkeit), — den veranschlage ich auf ungefähr 100,000 — dann, daß die jetzt in Frankreich stehenden Garnisonen bei der letzten Zählung nicht mitgezählt wurden. Diejenigen Momente, die maßgebend gewesen sind, die Bevölkerung nach den großen Städten zusammenzudrängen und dem platten Lande zu entziehen, liegen auf der Hand; es bleibt die Auswanderungsfrage übrig, und da sind es doch, von persönlichen Gründen abgesehen, namentlich wirthschaftliche und politische Momente, die hier eine wesentliche Rolle spielen. Eine Erscheinung, die sich wiederholt in den letzten 10 Jahren unserer Erfahrung gezeigt hat, ist, daß die Auswanderung nach dem Kriege am stärksten ist; es ist dann theils die Furcht vor einem neuen Kriege und der Rückschlag der erlittenen Vermögensverluste, und diese Vermögensverluste sind doch gerade für das kleine Capital ganz enorm. (Sehr wahr! links.) Die Kraft der Bevölkerung wird ungeheuer in Anspruch genommen, zunächst und vor Allem das kleine Capital, das am wenigsten widerstandsfähig ist, wird absorbirt, und die Leute, die aus dem Kriege zurückkommen, büßen ihr Vermögen ein und müssen wieder von vorn anfangen (Sehr wahr!) und dieses Manöver mehrfach zu wiederholen, haben sie keine Lust und wandern deshalb aus (Zustimmung und Beifall links.)

Die Auswanderung ist z. B. in dem Jahr von 1864 auf 65 von 12,000 plötzlich auf 18,000 gestiegen, seit 1866—68 von 17,600 auf 26,400 und diese Proportion wird im Jahre 1872 nach dem letzten Kriege noch viel stärker sein. Denn obgleich die Listen noch nicht vorliegen, so kann man dies doch zum Theil aus der Einwanderung in Amerika sehen, wo die deutsche Einwanderung auf 140,000, darunter vielleicht 60,000 selbstständige Männer angegeben wird. Diese Erscheinung wird also für das Jahr 1872 mit in Anschlag gebracht werden müssen, wenn die Auswanderungszahl sich so hoch stellt. Zur Beruhigung kann man sich jedoch sagen, daß gerade nach solcher prägnanten Erscheinung auch wieder eine Verminderung der Auswanderung eintritt. Die wirthschaftlichen Gründe, die die Auswanderung herbeiführen, liegen wesentlich nicht darin, daß sich die wirthschaftliche Lage unserer Bevölkerung verschlechtert hätte, sondern darin, daß trotz der Verbesserung derselben der Drang in die Bevölkerung gekommen ist, dahin zu ziehen, wo sie sich ein größeres Lebensglück verschaffen zu können glaubt (Sehr wahr!) und diesem Drange wird man principiell nicht entgegenwirken können. Wenn wir das Princip der Freizügigkeit auch heute noch für ein richtiges ansehen und in Bezug auf die Uebersiedelung von einem Ort zum andern in Deutschland zur Anwendung bringen, so werden wir es auch dann nicht bekämpfen können, wenn die Veränderung des Wohnortes sich bis zur Auswanderung steigert. Es ist ja unzweifelhaft, daß in Beziehung auf die ungeregelte Auswanderung, namentlich was die Militärpflichtigen und was die Verlegenheiten anbetrifft, die den Gutsbesitzern erwachsen, die Gesetze so gehandhabt werden müssen, um in dieser Richtung einer Zügellosigkeit vorzubeugen.

Aber, meine Herren, die Grenze ist sehr schmal, die Linie ist sehr scharf, und die meisten Vorschläge, die in dieser Beziehung bisher aus dem Lande gekommen sind, lassen sich mit den Gesetzen, wie sie jetzt liegen, nicht vereinbaren. Sie verletzen das Princip, welches der ganzen Auswanderungsfreiheit zu Grunde liegt. Ich will nur an Eins erinnern. Der Abg. von Gottberg sagte, es solle Niemand im Einschiffungshafen zugelassen werden, der nicht einen Paß oder Auswanderungsconsens hat. Das Gesetz schweigt aber von beiden, und wenn man das im Wege der Verordnung anordnen wollte, so würde man gegen das Gesetz fehlen. Es fragt sich also, ob der Uebelstand Dimensionen annehmen könnte, daß man zu einer Aenderung des Gesetzes schreiten müßte; ehe das nicht der Fall ist, wird es nicht gehen. Mit Bezug auf die Agenten gebe ich zu, daß es deren giebt, und daß ihnen aufgepaßt werden muß; es sind in dieser Beziehung Vorschriften erlassen und auch die Reichsgewalt ist mit der Frage befaßt worden. Allein heimliche Agenten hat es gegeben, so lange die Auswanderung existirt, und ihr Erfolg hängt wesentlich von der Lust zum Auswandern ab. Ich glaube, daß die Lösung dieser Frage einen großen Zeitraum erfordern wird, dessen Ablauf wir vielleicht nicht mehr erleben. Wir müssen den Drang bekämpfen durch Gesetze und Maßregeln, die den Auswandernden die Heimath heimisch machen. (Sehr wahr! links.) Wir müssen auf Hebung der Industrie, Förderung des Wegebaues, der Eisenbahnen und des Canalbaues hinwirken. Man muß auch nicht davor scheuen, daß vielleicht eine Eisenbahn, die den Weg nach Ostpreußen abkürzt, zuerst mehr Auswanderer mit sich führt, als bisher. (Heiterkeit.)

Ich weise hier auf die Einführung landwirthschaftlicher Maschinen, auf die Verbesserung der Wohnungsverhältnisse (Sehr wahr! links), auf die Erleichterung der Ansiedelung, auf die Förderung des Sparkassenwesens, kurz auf ein Ensemble zur Hebung der wirthschaftlichen Zustände, welches sich allerdings durch Gesetze unterstützen läßt, aber den Haupthebel doch in derjenigen Bevölkerungsklasse finden muß, die an der Nichtauswanderung ein Interesse hat. (Sehr richtig!) Also die Regierung wird in dieser Beziehung bereit sein, sie wird jeden durchführbaren Vorschlag mit Freuden annehmen, aber Sie bittet Sie um Ihre kräftige Mitwirkung, sonst werden wir auf diesem Gebiete nichts erreichen. (Lebhafter Beifall.)

Der Gesetzentwurf betreffend den standesherrlichen Rechtszustand des Herzogs von Arenberg wird an die verstärkte Justiz-Commission verwiesen.

Es folgt die dritte Lesung des Gesetzentwurfs betreffend die Verpflichtung zum Halten der Gesetzsammlungen und der Amtsblätter. In der zweiten Lesung war der § 1 der Regierungsvorlage: „Zum Halten der Gesetzsammlung für die preußischen Staaten und des Amtsblattes sind fortan verpflichtet: 1) die Gemeinden und selbstständigen Gutsbezirke, 2) die im höheren unmittelbaren Staatsdienste etatsmäßig angestellten Beamten" — auf Antrag des Abg. Bähr dahin abgeändert, daß der 1. Januar 1873 als Termin eingefügt und die Beamten von der Verpflichtung entbunden werden sollen. Heute beantragt Virchow an Stelle der „selbstständigen Gutsbezirke" die „Amtsbezirke" zu setzen.

Abg. v. d. Goltz-Dramburg hat als Gegner jedes Zwangs sich bereits früher gegen einen solchen, jedenfalls aber für Entbindung der Beamten von der Verpflichtung erklärt, da es im Interesse der Staatsregierung liegen muß, denjenigen, welche ihre Anordnungen ausführen sollen, Nachricht davon zugehen zu lassen. Dem Amendement Virchow kann er nicht beistimmen, denn dem Amtsbezirke darf eine solche Verpflichtung nicht auferlegt werden, sondern nur dem umfangreicheren Gutsbezirke.

Regierungs-Commissar Geh. Rath Steinmann: Die Staatsregierung erklärt sich mit der in der zweiten Lesung beschlossenen Aenderung einverstanden. Das Amendement Virchow hält sie jedoch für keine Verbesserung.

Abg. Windthorst (Dortmund): Ein Zwang sollte überhaupt nicht existiren, aber man wisse nicht, ob der Finanzminister auf die Einnahme von 40,000 Thlr. von der Gesetzsammlung jetzt schon verzichten wolle. Er werde einen solchen Antrag in der dritten Lesung nicht mehr stellen, weil er eine totale Umänderung des Gesetzes zur Folge haben würde. Seine Partei werde den Gesetzentwurf überhaupt ablehnen in der Erwartung, daß die Regierung in der nächsten Session einen andern vorlegen wird, welcher jede Verpflichtung aufhebt.

Nachdem noch Reichensperger (Coblenz) für das Amendement Bähr gesprochen, ändert Miquel das Amendement Virchow dahin ab, daß an Stelle von „Gemeinden und Amtsbezirke" „Gemeinden beziehungsweise Amtsbezirke" gesetzt werde. Abg. v. Rauchhaupt führt dagegen aus, daß nicht blos in den Händen der Amtsvorsteher, sondern auch der Gutsvorsteher ein Exemplar der Gesetzsammlung sein müsse, er deshalb das Amendement des Abg. Virchow ablehnen müsse.

Bei der Abstimmung werden die Amendements abgelehnt und der Gesetzentwurf wird in der Fassung der zweiten Lesung unverändert angenommen.

Es folgt die erste Berathung des Nachtrags zum Staatshaushalt für 1873: „Die bis zur gesetzlichen Feststellung des Staatshaushalts-Etats innerhalb der Grenzen desselben geleisteten Ausgaben werden hiermit genehmigt."

Geh. Rath Hoffmann: Die Vorlage ist eine solche, von der man jedes Mal bedauern muß, wenn sie überhaupt vorgelegt werden muß. Sie lenkt ihre Aufmerksamkeit darauf hin, daß, trotzdem wir heute den 24. Januar schreiben, das Budget leider noch nicht zur Feststellung gelangt ist. Dieser Zustand ist um so unerwünschter, als die Verwendung vieler nützlicher im Etat ausgesetzter Fonds verzögert wird. So z. B. hätten bei der rechtzeitigen Feststellung des Etats die 7¾ Millionen für extraordinäre Schuldentilgungen schon jetzt verwendet werden und eine bedeutende Summe an Zinsen erspart werden können. Ebenso hätten Neubauten bei der milden Witterung schon begonnen werden können, wenn man die Fonds dazu schon bewilligt hätte. Ich spreche damit nicht entfernt einen Vorwurf aus, weil ja die Entbehrungen nur durch andere äußerst wichtigen Gesetze verzögert sind, sondern will nur den Wunsch der Staatsregierung kundgeben, daß das Haus zur baldigen Feststellung des Staatshaushalts-Etats gelangen möge.

Diese Vorlage wird ohne Debatte an die Budgetcommission verwiesen, desgleichen ein anderweiter Nachtrag zum Etat des Ministeriums des Innern, betreffend die Creirung zweier neuer Landrathsämter in Folge der Theilung des Kreises Beuthen.

Der Gesetzentwurf, betreffend den Rechtszustand des Jadegebietes, wird in erster und zweiter Lesung ohne Debatte genehmigt.

Bei dem Gesetzentwurf, betreffend die Lösung von Jagdscheinen in den hohenzollern'schen Landen, beantragt Windthorst (Dortmund) den Preis von 5 Fl. auf 1 Fl. 45 Kr. = 1 Thlr., wie in den alten Provinzen, herabzusetzen. Dann sollen die Jagdscheine nur an Staats- und Gemeindeforstbeamte, nicht auch an Privatförster unentgeltlich abgegeben werden.

Geh. Rath v. Kamptz: Der Preis von 5 Fl. ist ein mäßiger und vielfach ist die Erhöhung desselben in den alten Provinzen gewünscht worden. Unentgeltlich werden den Forstbeamten die Jagdscheine gegeben, damit sie sich durch fleißige Ausübung ihres Amtes zu tüchtigen Schützen heranbilden und so ihren Bezirk vor Wildschaden schützen können.

Nachdem sich noch Cramer und Braun (Hersfeld) gegen das Amendement erklärt, wird der Gesetzentwurf unverändert in erster und zweiter Lesung angenommen.

In erster und zweiter Berathung wird der Gesetz-Entwurf, betreffend die Abstellung der auf den Forsten haftenden Berechtigungen und die Scheidung gemeinschaftlicher Forsten für die Provinz Hannover ohne eingehendere Debatte genehmigt.

Ein zu § 11 gestelltes Amendement Lauenstein, die Grundsätze dieses Paragraphen auch auf die Abfindung der Bauholzberechtigung anzuwenden, wird von Miquel und anderen Deputirten der Provinz Hannover, Spangenberg, Bening und Windthorst, sowie vom Abg. Schellwitz befürwortet, vom Reg.-Commissar Markard aber bekämpft, weil es ungeeignet erscheine, die Abfindung der Bauholzberechtigung anders als durch Geld stattfinden zu lassen, vom Hause jedoch mit großer Majorität angenommen.

Ohne Discussion wird das Gesetz, betreffend die Abänderung und Ergänzung des Hannoverschen Gesetzes vom 8. November 1856 über Aufhebung von Weide-Rechten in erster und zweiter Lesung genehmigt, worauf das Haus in die erste Berathung des Gesetz-Entwurfs, betreffend die Verwerthung der Forstnutzungen aus den Staatswaldungen in den vormals kurhessischen Landestheilen.

Abg. Dr. Braun: Die hier in Rede stehenden Berechtigungen sind aus der alten Markgenossenschaft der kurhessischen Gemeinden hervorgegangen. Als im 15. und 16. Jahrhundert die Markgenossenschaften zerfielen, gelangte der Wald in die Hände der Staatsgewalt, während die Rechte der einzelnen Märker zu bloßen Realberechtigungen, unter dem Einflusse des eindringenden römischen Rechts sogar zu einfachen Servituten herabgedrückt wurden. Dies darf uns nicht veranlassen, den ursprünglichen Charakter des Verhältnisses zu verkennen und um so weniger werden wir Anträgen zustimmen können, welche diese genossenschaftlichen Rechte auf ein Minimum reduciren wollen. Zur besseren Würdigung aller dieser Verhältnisse würde eine Ueberweisung der Vorlage an die Agrarcommission angezeigt sein.

Abg. Bähr schließt sich dem Antrage auf Commissionsberathung an. Es handle sich hier um das Wohl und Wehe vieler armer hessischen Gemeinden, deren Forteristenz auf's Innigste mit diesen Realberechtigungen zusammenhänge. Das Haus überweist die Vorlage der um sieben Mitglieder verstärkten Agrarcommission.

Es folgt die erste Berathung des Gesetzes betreffend Abänderung der Wegegesetzgebung der Provinz Hannover.

Abg. v. Bennigsen wendet sich gegen § 4 der Vorlage, welcher die bisher vom Staate getragenen Kosten des Wegebaues auf den provinzialständischen Verband von Hannover überträgt. Obwohl ihm dieses nicht völlig gerechtfertigt erscheint, verzichtet Redner dennoch auf jede Amendirung in der Erwartung, daß diese Frage in Zukunft eine allgemeinere, für alle Theile der Monarchie gültige Lösung finden werde.

In der zweiten Berathung, in welche das Haus unverzüglich eintritt, wird der Entwurf ohne Debatte genehmigt. Ein Gleiches geschieht mit dem Gesetze über die Theilung des Kreises Beuthen, dem letzten Gegenstande der Tagesordnung.

Schluß 2½ Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend, 11 Uhr: Fortsetzung der Etatsberathung. (Staats-, Auswärtiges und Justiz-Ministerium, Landwirthschafts- und Gestüt-Verwaltung.)

Berlin, 24. Januar. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat den Genre-Maler, Professor Knaus zu Wiesbaden, nach stattgehabter Wahl zum stimmfähigen Ritter des Ordens pour le mérite, für Wissenschaften und Künste, sowie den Maler Nicaise de Keyser, Director der Académie des beaux arts zu Brüssel, zum auswärtigen Ritter desselben Ordens ernannt.

Se. Majestät der König hat dem Rechtsanwalt und Notar, Geheimen Justizrath Bielitz zu Naumburg a. S., und dem Kataster-Inspector, Steuer-Rath Clotten zu Trier, den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife; dem Kämmerer Rabe zu Jessen, Kreis Schweidnitz, dem Hauptlehrer Minarski an der städtischen Waisenhaus-Schule zu Bromberg und dem Schleusengeld-Einnehmer Hilffert zu Magdeburg den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; dem Banquier Salomon Gotthold Heymann zu Berlin und dem Wundarzt zweiter Klasse und Geburtshelfer Jacob zu Croppenstedt, Kreis Oschersleben, den Königlichen Kronen-Orden vierter Klasse; dem Schullehrer Faehse zu Königsberg i. Pr. den Adler der Inhaber des Königlichen Hausordens von Hohenzollern; sowie dem Seconde-Lieutenant Weiße im 4. Brandenburgischen Infanterie-Regiment Nr. 24 (Großherzog von Mecklenburg-Schwerin), dem Unteroffizier Richard Müller im 2. Schlesischen Grenadier-Regiment Nr. 11, dem Musketier Kratzel im 5. Pommer'schen Infanterie-Regiment Nr. 42, dem Candidaten der Medicin Richard Jblo zu Königsberg i. Pr. und dem Kaufmann Wilhelm Haarmann zu Iserlohn die Rettungsmedaille am Bande verliehen.

Se. Majestät der König hat den Staatsanwalts-Gehilfen Wilke und Bast hierselbst und Gartz in Angermünde den Charakter als Staatsanwalt verliehen, sowie den Kreisrichter Wolff aus Münsterberg, zur Zeit in Neustadt OS., zum Staatsanwalte daselbst ernannt.

Der Referendarius Kyll aus Cöln ist auf Grund der bestandenen großen Staatsprüfung zum Advocaten im Bezirk des königlichen Appellations-Gerichtshofes zu Cöln ernannt worden.

Berlin, 24. Januar. [Se. Maj. der Kaiser und König] ließen Sich gestern Vormittag 10 Uhr vom Oberst von Albedyll Vortrag halten, unterbrachen denselben jedoch nach 11 Uhr, um der im russischen Botschafts-Hotel stattfindenden Trauerfeierlichkeit für die Großfürstin Helene beizuwohnen. Nach der Rückkehr conferirten Allerhöchstdieselben kurze Zeit mit dem General-Feldmarschall Grafen von Roon und dem General von Kameke und nahmen hierauf die Arbeiten mit dem Militär-Cabinet wieder auf. Gegen 3 Uhr machten Se. Majestät eine kurze Ausfahrt und dinirten später allein mit Ihrer Majestät der Kaiserin-Königin.

Nach nunmehr eingetretener völliger Wiederherstellung Sr. kaiserlichen und königlichen Hoheit des Kronprinzen hat auch der Leibarzt, Generalarzt Dr. Wegener, Höchstdenselben verlassen können und ist heute von Wiesbaden hierher zurückgekehrt. (Reichsanz.)

⊙ **Berlin**, 24. Januar. [Das kaiserliche Handschreiben an den Fürsten Bismarck. — Das Vorgehen gegen die päpstliche Allocution.] Das jetzt von der „Nordd. Allg. Ztg." veröffentlichte Handschreiben des Kaisers an den Fürsten Bismarck hat

nicht allein den Werth als eine Kundgebung von so herzlicher und dankbarer Anerkennung für die Verdienste des leitenden Staatsmannes von Seiten des Staatsoberhauptes, sondern der Veröffentlichung kommt auch noch gelegen, um die jüngsten Erläuterungen, welche über die Ministerkrisis aus wirklich zuverlässiger Quelle gegeben worden, vollends zu bestätigen. Es wird nun wohl nach dieser Kundgebung aus der Feder des Monarchen selbst kein Zweifel darüber bleiben können, daß die jüngsten Veränderungen in der Regierung nicht, wie noch immer wiederholt insinuirt wurde, als eine Operation gegen den Fürsten Bismarck und als eine Niederlage desselben zu bezeichnen, sondern daß in der That dieselben lediglich auf den Wunsch des Fürsten und im Einverständniß mit ihm erfolgt sind. Es liegt zu gleicher Zeit in dieser Gewißheit eine volle Bestätigung der Angaben, welche ich von vornherein über die Vorgänge im Staatsministerium machen konnte. Auch das bestätigt das Handschreiben, daß von einer Verstimmung des Monarchen gegen den Fürsten nicht die Rede sein kann. — Der Artikel der „Köln. Ztg.", welcher auch dem Fürsten Bismarck eine Sonderstellung gab und ihn in Zwiespalt mit den anderen Ministern zu setzen beabsichtigte, ist nun auch wohl in seinen Hauptangaben hinlänglich als so falsch und irreführend erkannt, daß man der Versicherung der „Nordd. Allg. Ztg.", derselbe stamme nicht aus amtlicher Quelle, vollen Glauben schenken darf. — Nur Einer läßt sich nicht überzeugen, nämlich der bekannte hiesige Correspondent der „A. A. Z." in liberalem und mehrerer ultramontaner Organe im clericalen Sinne. Nach ihm besteht zwischen Fürst Bismarck und seinen Collegen fortdauernd ein so tiefer Riß, daß Ersterer sein Amt niederlegen und sich ins Privatleben zurückziehen will. Sein Nachfolger als Reichskanzler werde der ehemalige Minister-Präsident von Manteuffel sein. Zum Beweis dafür wird der Umstand als ausreichend angesehen, daß letzterer sich seit einigen Tagen in Berlin aufhält. Jedes Wort der Widerlegung wäre überflüssig: Es sei nur bemerkt, daß die Anwesenheit Manteuffel's durch seine Mitgliedschaft an dem Märkischen Communal-Landtage bedingt ist. — Auch nach einer anderen Richtung hin begegnet man einer unrichtigen Auffassung thatsächlicher Vorgänge. Es heißt nämlich, der Reichskanzler habe sich bei Gelegenheit der Maßregeln in Beziehung auf die päpstliche Allocution nur in subsidium an den Minister des Innern gewendet, nachdem er vom Justizminister abgewiesen worden sei. Nach verbürgter Mittheilung ist aber der Sachverhalt der, daß von Seiten des Auswärtigen Amtes im Justiz-Ministerium angefragt wurde, ob nach der Auffassung des höchsten Justizbeamten der Inhalt der Allocution nicht unter das Strafgesetz falle. Die Frage wurde vom Justizminister bejaht und es mußte allerdings dann auch das Ministerium des Innern zum Einschreiten aufgefordert werden, weil ressortmäßig bei Einleitung eines Justizverfahrens der erste Angriff von der Administrations-Behörde auszugehen hat.

= **Berlin**, 24. Januar. [Die Arbeiten des Landtags. — Die Zeitungssteuer. — Der Zusammentritt des Reichstags. — Das Bankgesetz. — Das Oberhandelsgericht.] Wie bereits mitgetheilt worden, erfolgt heute Abend die Feststellung des Berichts der Commission für die Kirchengesetze. Man hofft die Vertheilung schon am Sonntag vornehmen zu können, so daß in der ersten Hälfte der nächsten Woche die Berathung über die Declaration der Verfassungsartikel erfolgen kann. Inzwischen ist es die Absicht, das in großem Umfang angesammelte Material der Arbeiten des Abgeordnetenhauses in schnellen Zügen zu erledigen. Namentlich sollen die rückständigen auf den Etat bezüglichen Angelegenheiten so schnell wie möglich durchberathen werden, damit möglichst bald das Herrenhaus an das Budget herantreten kann. Sehr umfassende Debatten bereiten sich übrigens für den Etat des Cultus-Ministeriums vor. Wie man hört, wird die Vermehrung der Mittel, welche nach allen Richtungen hin von der Commission beantragt worden, keine Beanstandung finden, da das Haus und die Regierung über die Zustimmung einig sind. Es ist sehr erfreulich, daß auf diese Weise dem Lehrstande zunächst die günstige Finanzlage des Staates zu Gute kommt. Inzwischen ist mit voller Sicherheit zu erwarten, daß die Anträge auf Beseitigung der Zeitungs- und Kalender-Stempelsteuer sich wiederholen und zu umfassenden Erörterungen im Abgeordnetenhause führen werden. Sind wir recht unterrichtet, so sind in dieser Beziehung günstige Eröffnungen Seitens des Ministeriums zu erwarten, wenn schon in diesem Jahre schwerlich auf Beseitigung der lästigen Steuern zu rechnen ist. — Von officiöser Seite wird mit Recht darauf hingewiesen, daß eine Entscheidung über den Termin des Zusammentritts des Reichstages noch nicht getroffen ist. Es liegt dies vollständig in den obwaltenden Verhältnissen, welche zur Zeit den Schluß der Landtags-Session noch nicht absehen lassen. Die Frage, ob wie im vorigen Jahre eine Nachsession des Letzteren anberaumt werden sollte, ist allerdings in Erwägung gezogen, aber nach unseren Informationen noch nicht endgültig entschieden worden, es heißt, daß erhebliche Bedenken dagegen sprächen. Uebrigens werden auch alle Angaben über die Vorlagen, die den Reichstag beschäftigen sollen, als ungenau bezeichnet, da jene Vorlagen noch in der ersten Vorbereitung begriffen sind. Wir selbst müssen eine unserer früheren Angaben berichtigen. Das Bankgesetz kommt höchst wahrscheinlich noch nicht an den nächsten Reichstag, nachdem dem Entwurf aus den verschiedenen Bundesstaaten erhebliche Hindernisse entgegengetreten sind. Ebenso ist es fraglich geworden, ob das Münzgesetz an den nächsten Reichstag gelangen kann. Dem Bundesrathe ist jetzt eine Zusammenstellung der Geschäfte des Reichs-oberhandelsgerichts im Jahre 1872 vorgelegt worden. Hiernach waren zu bearbeiten an rückständigen vorjährigen und diesjährigen Sachen 1060 Angelegenheiten und zwar aus Preußen 589, aus Baiern 55, aus Sachsen 182, sodann aus Hamburg 38, aus Mecklenburg-Schwerin 34, aus Baden 29, aus Elsaß-Lothringen 19, aus Hessen 25. Die übrigen Staaten hatten sämmtlich nur unter 10 Sachen anhängig gemacht. Die Zahl der Referate betrug im Plenum 17 (13 kamen auf Sachsen) im I. Senat 459 (270 für Preußen), im II. Senat 477, im Ganzen 953.

D. R. C. [Der Reichstagsabgeordnete, Ober-Bürgermeister a. D. **Franz Ziegler**] in Berlin feiert am Montag den 3. Februar seinen 70. Geburtstag. Die Fraction der Fortschrittspartei im Abgeordnetenhause hat beschlossen, diesen Tag festlich zu begehen. Die Abgg. Berger, v. Saucken-Tarputschen und Windthorst-Dortmund sind mit der Vorbereitung zu einem Festmahl betraut worden.

[Erklärung.] Die „D. R.-C." erhält folgende Zuschrift mit der Bitte zur Veröffentlichung:

Zur Abwehr. Seit einigen Tagen beschäftigen sich hiesige und auswärtige Blätter mit einer Unterredung, welche angeblich zwischen einem Journalisten und einem Minister in einem Gange des Abgeordnetenhauses stattgefunden und dabei jener Journalist sich der Zufriedenheit des Herrn Ministers versichert haben sollte und so fort. Der Unterzeichnete sieht sich veranlaßt, diese albernen Gerüchte auf folgende Thatsachen zurückzuführen. Als Leiter des parlamentarischen Bureaus der „Kölnischen Ztg." hatte er mit dem Minister des Innern eine Unterredung bezüglich der Erlaubniß, den stenographischen Text seiner Reden benutzen zu dürfen, wobei er Anlaß nahm, über seine Thätigkeit für die „Kölnische Ztg." zu sprechen. Während dieser Unterredung ging Abg. Richter (Hagen) vorüber. Zwei Tage später brachte die „N. Z." die Geschichte von dem Journalisten und dem Minister, die hier seitdem in verschiedenen Variationen den Weg in die Zeitungen gefunden hat. Auf Befragen des Unterzeichneten erklärte Herr Richter wörtlich: Es handelt sich um eine bedauerliche Klatscherei (sic!), welche in Folge einer von ihm gegen einen Bekannten gemachten scherzhaften Bemerkung entstanden sei. Dies der Vorgang, zu dem als Relief noch die Mittheilung hinzugefügt werden mag, daß eine heute eingetroffene Berliner Correspondenz in der Frankfurter „Presse" den Unterzeichneten als Verfasser des Artikels der „Kölnischen Ztg." „Zur innern Krisis Preußens" bezeichnet, welche Autorschaft er entschieden von sich weisen muß. Dies ist der einfache Thatbestand; alles Uebrige ist Erfindung, wenn nicht etwas Schlimmeres.

Berlin, den 24. Januar 1873. Fr. Moritz Gumbinner.

[Rom und der Unterthaneneid der Bischöfe.] Bei der jetzigen Stellung der Bischöfe gegenüber der Staatsgewalt scheint es angemessen, auf ein Actenstück hinzuweisen, welches beweist, wie man in Rom den Unterthaneneid der Bischöfe auffaßt. Der durch die schamlosesten Intriguen zur Resignation gedrängte ehemalige Fürstbischof von Breslau, der edle Graf Sedlnitzky von Choltitz schreibt an den Bisthums-Verweser von Konstanz, Herrn von Wessenberg, über ein ihn zur Resignation aufforderndes päpstliches Schreiben: „Im Uebrigen wurde nichts widerlegt, sondern nur neue inzwischen eingeholte, eben so unbegründete Inkriminationen beigebracht: daß ich Pfarrer angestellt, welche der Regierung zugethan und deswegen bei den Gemeinden übel angeschrieben sind ...., daß ich überhaupt den Gesetzen des Staates nicht gehörig Opposition leiste. Endlich wird es mir sogar zum Vorwurf gemacht, daß ich mich auf den Eid berufe und ihn nicht brechen will, da ich wohl wissen müsse, daß ich durch einen viel wichtigeren gebunden sei." (Selbstbiographie des Grafen Sedlnitzky. Berlin 1872. S. 247.) Die wichtige, für den päpstlichen Stuhl, seine Moral und seine Prätensionen geradezu vernichtende Stelle des päpstlichen Briefes vom 10. Mai 1840, auf welche sich obige Worte des Grafen Sedlnitzky beziehen, lautet in genauer Uebersetzung des Seite 197 mitgetheilten Originals:

„Es ist sehr erschwerend und ärgerlich, daß, dieses alles nicht achtend, Du Dich hinter Deinen den Staatsgesetzen geleisteten Eid flüchtest, als ob dieser auch auf solche Gesetze bezogen werden könnte, welche der Lehre und Disciplin der heiligsten Kirche zuwider sind, und als ob Du Dich gar nicht schon anderweitig mit einem stärkeren Eidesbande der Kirche selbst und unserem Stuhle verlobt hättest. Nicht zu ertragen aber ist es, daß Du so weit gegangen bist, die Beobachtung der genannten Staatsgesetze der katholischen Kirche in Deinem Sprengel als nützlich zu empfehlen!"

So hat Rom schon 1840 gesprochen.

Posen, 24. Jan. [Domherr Marpanski,] Hauskaplan des Erzbischofs Ledochowski, ist heute vom hiesigen Kreisgerichte zu einer Geldstrafe verurtheilt worden, weil er wiederholt ein ausländisches Mitglied des Jesuitenordens ohne polizeiliche Anmeldung in seiner Wohnung aufgenommen hatte.

Braunschweig, 24. Jan. [Das Gesuch des hiesigen altkatholischen Bürgervereins,] ihm die Mitbenutzung der evangelischen Pfarrkirche zu gestatten, ist seitens des Gemeindekirchenraths dieser Kirche abgeschlagen.

Stuttgart, 24. Jan. [Der hiesige Hof] hat eine zehntägige Hoftrauer für den Kaiser Napoleon angelegt.

Belgien.

Brüssel, 21. Jan. [Die belgisch-luxemburgischen Eisenbahnen.] Seit heute Nachmittag, schreibt man der „N. Z.", ist hier das Gerücht stark verbreitet, die Angelegenheit der belgisch-luxemburgischen Eisenbahnen sei erledigt, indem im Laufe des Tages im Finanzministerium die Convention unterzeichnet worden sei, kraft welcher die betreffenden Schienenwege seitens der Grande Compagnie du Luxembourg dem Staate übergeben werden sollen. Der bevorstehende Postschluß erlaubt mir leider nicht, die Einholung positiver Auskunft zu versuchen, doch kann ich aus sonst wohlunterrichteter Quelle mittheilen, daß während der letzten Tage Verhandlungen über diese Frage zwischen dem Finanzminister und einigen der vornehmsten Beamten seines und des Bautendepartements einerseits und den Verwaltern der gedachten Eisenbahn-Gesellschaft andererseits gepflogen wurden und die Unterzeichnung des Vertrages, wenn zur Zeit auch noch nicht als vollzogen, doch wenigstens als sehr nahe bevorstehend betrachtet werden kann. Freilich könnte man hieran zweifeln, wenn man erwägt, daß doch erst am 15. l. M. dem Finanzminister eine 14tägige Frist zur Lösug der Frage gewährt wurde. Sollte Hr. Malou bereits heute seine Zusage einlösen können, obwohl die an und für sich selbst schon ziemlich verwickelte Angelegenheit durch die jüngsten parlamentarischen und außerparlamentarischen Begebenheiten noch mehr complicirt wurde? Doch haben diese Vorgänge glücklicherweise auch einen Einfluß zum Guten ausgeübt. Namentlich die Verhandlungen in der Repräsentantenkammer haben einerseits dem Finanzminister den Weg des Expropriationsverfahrens als äußerstes Mittel gezeigt, während sie anderseits der Grande Compagnie du Louxembourg die Ueberzeugung beigebracht haben mögen, wie spärlich ihre Vertheidiger in der Abgeordnetenkammer vertreten sind und daß irgend eine gegen dieselbe beantragte Maßnahme keinem allzugroßen Widerstand im Hause begegnen würde. Gegen diesen Rückhalt gestützt, eröffnete Herr Malou nunmehr neue Verhandlungen mit der gedachten Eisenbahngesellschaft, indem er zugleich einen Gesetzentwurf bezüglich der Anwendung des Expropriationsverfahrens auf Eisenbahnen vom Justizminister ausarbeiten ließ, eine Thatsache, welche der Verwaltung der Luxemburger Eisenbahngesellschaft natürlich nicht vorenthalten wurde. Und das Damokles-Schwert hat gewirkt, obwohl die Compagnie, namentlich nach dem derselben von der anonymen Gesellschaft der belgisch-luxemburgischen Bahnen gemachten glänzenden Angebote, ihre Saiten ziemlich hoch gespannt hatte.

— 22. Januar. Die amtliche Bestätigung des Rückkaufs der belgisch-luxemburgischen Eisenbahnen läßt auch heute noch immer auf sich warten. Zwar wird die Uebernahme des Bahnnetzes heute auch von einem hiesigen Fachblatte und zwar unter dem Hinzufügen angezeigt, daß die Regierung das Netz der Gesellschaft Grand-Central ebenfalls käuflich an sich gebracht habe doch sind die Angaben dieser Zeitung gewöhnlich nur mit größter Vorsicht aufzunehmen. Der Finanzminister zeigt sich noch immer verschlossen, selbst seinen Parteifreunden gegenüber. Jedenfalls aber ist die Nachricht der formellen Unterzeichnung höchstens nur verfrüht.

[Napoleon III. und Belgien.] Anläßlich des Todes Napoleon's III. schreibt man dem „Frankf. Journal":

„Daß schon am Tage des Staatsstreiches der Mann des zweiten December ein Decret unterschrieben, das Belgien annectirte, ist ein öffentliches Geheimniß. Es war schon in der officiellen Druckerei gesetzt und bereit, zu erscheinen, als Herr de Morny die Veröffentlichung hintertrieb. Es heißt, der Director der „Independance Belge" besitze besagtes in der Geburt erdrücktes Decret im Aushänge-Bogen. Was man aber in weiteren Kreisen gar nicht weiß, ist die Thatsache, daß am Vorabend des Krimkrieges Belgien die größte Gefahr lief, die es je vom zweiten Kaiserreich zu gewärtigen hatte. Unter den Wenigen, die näher darum wußten, befand sich der verstorbene Kammerpräsident und Deputirte Lüttichs, Herr Delfosse. Derselbe ließ sich denn auch damals hinreißen, als er nach der Eröffnung der Session wieder den Präsidentenstuhl bestieg, in dunkler Weise auf die drohenden Geschicke anzuspielen, womit die allernächste Zukunft Belgien bedrohen könnte. Die Rede machte damals viel Lärm; sie fehlt aber merkwürdiger Weise in der Sammlung des „Moniteur Belge". Die Tagespresse war darüber hinweggegangen, ohne zu ahnen, um was es sich handelte. Napoleon III. hatte damals mit England, nach langem Unterhandeln und da letzteres klein zugeben mußte, ein Abkommen getroffen, kraft dessen Belgien während des Krieges in der Krim durch ein englisch-französisches Truppencorps besetzt werden sollte. Die Angelegenheit war fast geordnet, ohne daß König Leopold I. etwas davon erfahren; da kam eines Tages der Marschall Magnan im tiefsten Incognito nach Belgien und begab sich direct, obgleich es schon um Mitternacht war, in das königliche Schloß zu Laeken. Der diensttbuende Offizier der Schloßwache wollte anfänglich gar nichts von der Möglichkeit hören, daß Jemand den König um diese Stunde sprechen könnte. Der Fremde gab ihm aber seine Karte mit einigen Worten, und 10 Minuten später wurde er in's Cabinet des Königs eingeführt, wo er mehr als zwei Stunden mit dem Monarchen conferirte. Der Marschall Magnan hatte 1831 einen gewissen Antheil an der Organisation der belgischen Armee genommen und hatte seitdem nie aufgehört. den Belgiern sehr viel Anhänglichkeit zu bezeugen. Ueberdies soll ihm Leopold I. selbst mehrmals seine Schulden bezahlt haben, woran er zu allen Zeiten Ueberfluß hatte. Möglicher Weise schwebte dem Marschall auch die Eventualität vor, eines Tages wieder gezwungen werden zu können, Belgiens Gastfreundschaft in Anspruch zu nehmen. Gleichviel, welche Gründe für ihn maßgebend waren, Dank dem Marschall Magnan wurde Leopold I. noch frühzeitig genug benachrichtigt, um durch seinen Einfluß in London die Besetzung Belgiens zu hintertreiben und so die Unabhängigkeit des Landes retten zu können.

Spanien.

Madrid, 19. Jan. [Proclamation.] Der carlistische General-Commandant der Provinz Guipuzcoa, Don Antonio Sizarraga Esquiros, hat folgende Proclamation an die Eisenbahn- und Telegraphenbeamten dieses Districts erlassen:

Von Sr. Majestät König Carls VII., den Gott beschütze, zum Commandanten dieser Provinz ernannt und mit der Leitung einer allgemeinen Erhebung zur Erlösung Spaniens aus der Sclaverei beauftragt, in Erwägung, daß der Verkehr der Eisenbahnzüge und die telegraphische Verbindung die mächtigste Waffe in den Händen der atheistischen Regierung des Landes ist, verordne ich:

Artikel. 1. Sechs Stunden nach Empfang dieser Proclamation ist die Strecke, der Ihr vorsteht, zu schließen. — Artikel 2. Nach Ablauf dieser Frist werden alle Maschinisten und Beamten, die fortfahren, ihren Dienst zu thun, ergriffen und nach Empfang der geistlichen Tröstungen erschossen werden. Ferner wird die Linie zerstört, ohne daß die betreffende Gesellschaft Schadenersatz dafür beanspruchen kann.

Ihr seid vor Allem Spanier und Katholiken und als solche habt Ihr Euch meinen Befehlen zu fügen, wenn anders Ihr Euer Vaterland liebt und Eure Familien nicht in Trauer und Unglück stürzen wollt. Dies wird Euch zur Darnachachtung mitgetheilt.

Amerika.

New-York, 10. Januar. [Der Credit-Mobilier-Untersuchungs-Ausschuß des Congresses. — Aus Louisiana. — Die Antrittsbotschaft des Gouverneur Dix. — Die Botschaft Havemeyers — Tweed. — Stokes.] Während die Verhandlungen vor dem Credit-Mobilier-Untersuchungs-Ausschuß des Congresses jetzt bei offenen Thüren stattfinden, ist soeben, schreibt man der „N. Z.", ein weiterer Beschluß im Hause mit 98 gegen 23 Stimmen (eine große Anzahl Abgeordneter zog vor, sich während der Abstimmung zu drücken) angenommen, nach welchem der erwähnte Ausschuß auch über den Ursprung der Credit-Mobilier-Compagnie und ihre Geschäfte mit der Union-Pacific.Eisenbahngesellschaft Nachforschungen anstellen soll. Noch weit reichere und wichtigere Enthüllungen werden demnach in Aussicht stehen.

In Louisiana haben sich die Verhältnisse noch nicht geklärt, es ist jedoch Hoffnung vorhanden, daß den Wirren sehr bald ein Ziel gesetzt wird. Der Senat hat beschlossen, ein Comite nach Louisiana und Arkansas zu senden, um die Wahlstreitigkeiten einer genauen Prüfung zu unterziehen. Das ist ein Schritt auf dem richtigen Wege und man wird endlich erfahren, wer im Rechte ist. Inzwischen sind die rivalisirenden Legislaturen in New-Orleans in Sitzung und beide Gouverneure, McEnnery und Kellogg, haben ihr Amt angetreten. Pinchback, der an Stelle des abgesetzten Warmoth agirende Gouverneur, drohte zwar in einer bombastischen Proclamation, den Zusammentritt der demokratischen Legislatur mit Waffengewalt zu verhindern. Präsident Grant ließ jedoch an den commandirenden General Emory telegraphiren, einer friedlichen Versammlung von Bürgern nichts in den Weg zu stellen, ein Verfahren, welches wie selbstverständlich es auch ist, unter den dort herrschenden Verhältnissen, wo beide Parteien sich nicht allzusehr um die bestehenden Gesetze bekümmern, Anerkennung verdient. Eine ebenso vernünftige Ordre des Präsidenten war es, diejenigen Zollhausbeamten in New-Orleans, welche gleichzeitig Mitglieder der Staats-Legislatur sind, zu bedeuten, daß sich beide Aemter nicht miteinander vertragen, in Folge dessen die meisten ihre Stellung im Zollamt aufgaben. Man hat es dem Präsidenten und der herrschenden Partei so oft zum Vorwurf gemacht, daß sie die Patronage zu unlauteren Zwecken mißbrauchen, durch Absetzung der Zollhäusler hat Grant die Zahl seiner unabhängigen Freunde vermehrt.

Dürfen wir unseren neuen Gouverneur, General Dix, nach der Botschaft beurtheilen, welche er bei seinem Amtsantritt der Legislatur eingeschickt hat, so ist er der rechte Mann am rechten Platz. An ihm wird es nicht liegen, wenn in dem Augias-Stalle der Corruption nicht gehörig aufgeräumt wird. General Dix ist ein hochgebildeter Mann, der im Laufe seines ereignißreichen Lebens die verschiedensten öffentlichen Stellungen eingenommen hat, ohne daß es der Verläumdung gelungen wäre, seine Reputation mit dem kleinsten Makel zu behaften. Hoffentlich gehen wir unter seiner Administration einer neuen Aera entgegen. Seine Antritts-Botschaft ist ein wahrhaft staatsmännisches Document. Die darin entwickelten Ansichten müssen von jedem Bürger, welcher Partei er auch angehöre, als richtig anerkannt werden. Der Wunsch nach Reform findet darin seinen vollsten Ausdruck und die zu diesem Zwecke gemachten Vorschläge verrathen eine tiefe Sachkenntniß. Die Thatsache beklagend, daß in den letzten Jahren unsere Staatsausgaben die Einnahmen fortwährend überschritten, so daß zur Deckung des Deficits die Schuld bedeutend vermehrt werden mußte, empfiehlt er die größte Sparsamkeit und dringt darauf, daß fortan keine Gelder approprirt werden, ohne sofort Mittel und Wege für deren Zahlung zu beschaffen. Auch hofft er, daß man die veralteten Wuchergesetze endlich abschaffen werde. Auf die Stadt New-York übergehend, wirft er einen kurzen Rückblick auf die schmachvolle Geschichte der Betrügereien, welche unsere städtische Verwaltung so lange entehrt haben und weist nach, daß noch viel zu thun übrig bleibt, um der in allen Zweigen eingenisteten Verschwendung ein Ziel zu setzen. Es existiren zu viel Beamte, einzelne derselben, namentlich der Sheriff, der Registrator und der Coroner, beziehen colossale Gebühren und man thäte besser, den Beamten ein festes Gehalt zu geben, sämmtliche Sporteln aber in die Stadtkasse fließen zu lassen. Die Befugnisse des Mayors sollten vermehrt werden, namentlich ihm aber größere Vollmachten bei Anstellung und Absetzung von Subalternbeamten eingeräumt werden. In Anbetracht der vielen Mordthaten, welche nachgerade zu einer erschreckenden Zahl angewachsen sind, empfiehlt er eine Abänderung der Vorschriften über die Bildung der Jury und eine unnachsichtliche Ausführung der bestehenden Gesetze. Ein nicht minder erfreuliches Document bildet die Botschaft unseres neuen Mayors Havemeyer. Auch in ihm haben wir einen Mann, der mehr als einmal die politische Arena betreten hat, ohne daß ihn der Staub derselben beschmutzt hat. Wie General Dix spricht auch er der Reform das Wort und deckt die vorhandenen Schäden ohne Schonung auf. Wir müssen in die guten alten Zeiten zurückgreifen, um uns einer Periode zu erinnern, in welcher zwei gleich ehrenwerthe Männer an der Spitze des Staats und der Stadt gestanden haben.

Der Civilproceß gegen Tweed hat endlich allen Ernstes begonnen. Seine Advocaten machen die unerhörtesten Anstrengungen, einen aber-

maligen Aufschub zu erlangen, ihre Manövres scheiterten jedoch an der Festigkeit Richter Sutherland's und man hat angefangen, eine Jury zu bilden. Kann es sich für Tweed vorerst im schlimmsten Falle nur um die Rückerstattung weniger Millionen handeln (der Criminalproceß mußte bekanntlich wegen eines Formfehlers in der Anklage niedergeschlagen werden), so hat ein anderer Verbrecher die ganze Schwere des Gesetzes erfahren: Stokes wurde gerade ein Jahr, nachdem er die tödtliche Kugel auf das Monstrum Fisk abgefeuert hatte, einstimmig des Mordes im ersten Grade schuldig erkannt und verurtheilt, am 28. Februar gehängt zu werden. Eine intelligente Jury konnte kein anderes Urtheil fällen und es ist wenig Aussicht vorhanden, daß es den Vertheidigern des Mörders gelingen wird, eine Revision des Verfahrens zu erzielen.

Chicago, 3. Januar. [Die Newyork-Tribüne. — Die Civildienstreform. — Die Zustände in Louisiana. — Bestechung von Congreßmitgliedern. — Stürme.] Der Kampf um den Besitz der „Newyork-Tribüne", schreibt man der „N.-Z.", hat mit dem Siege der Tugend geendigt; die größte amerikanische Zeitung (und die verbreitetste der Welt dazu), bleibt im Dienste des unabhängigen Journalismus und wird die Grundsätze der Reform weiter vertreten, auf welche die nächsten Congreßwahlen (1874) und die nächste Präsidentenwahl (1876) ausgefochten werden müssen. Die bisherigen Redacteure, mit Whitelaw Reid an der Spitze, haben Greeley's Programm (von ihm bei seinem Wiedereintritt in die Redaction Anfang November veröffentlicht) zu dem ihrigen gemacht, und Zuschriften aus allen Theilen der Union beweisen das Interesse an der richtigen Haltung eines Blattes, welches momentan fünfmal so viel Abonnenten zählt als die Londoner „Times" und eine politische Macht und Einfluß ausübt, von dem man sich in Europa keinen Begriff macht. Die großen unabhängigen Zeitungen sind hier das, was anderswo die öffentliche Meinung ist, sie vertreten dieselbe, nachdem sie sie gemacht haben. Nie waren solche Zeitungen nöthiger als jetzt, wo die Regierungspartei im Gefühl ihrer Uebermacht die Nothwendigkeit der Concessionen an die Reformverlangen nach der Wahl nicht mehr so dringend fühlt, wie vor der Wahl. — Die Civildienstreform wird auf die lange Bank geschoben und bei wichtigen Stellen bildet nicht die Befähigung, sondern das Parteiinteresse nach wie vor das Entscheidende. So wurde hier an die Stelle des abtretenden Postmeisters Eastman nicht sein Unterpostmeister, der Mann, welcher seit Jahren die eigentliche Arbeit thut, für welche die aus politischen Gründen ernannten Postmeister die hohen Gehalte beziehen, nicht dieser wurde zum Postmeister befördert, sondern ein General McArthur, ein Politiker von Profession und ein guter Freund des Bundessenators Logan. Gegen die Anstellung des Advokaten Bilrs zum Bundesanwalt in Newyork sind seitens der unabhängigen Newyorker Presse noch stärkere Bedenken erhoben, jedoch mit ebenso wenig Erfolg wie in dem Chicagoer Falle.

Die Verwirrung in Louisiana dauert fort, Bundesrichter Durell, der jetzt gute Aussichten auf Erwählung zum Bundessenator durch die von ihm „gefixte" Staatsgesetzgebung haben soll, ist sogar vor der Unterdrückung der ihm mißliebigen „New-Orleans Times" nicht zurückgeschreckt, ein Schritt, der denn doch eine Menge nördlicher Zeitungen über die Gefahr aufgeklärt hat, welche die Duldung solchen Vorgehens für die Zukunft der Union in sich schließt. Die „Chicago-Tribüne", eine Zeitung, welche ihren Geschäftswerth auf mehr als eine Million Dollars anschlägt, verlangt offen vom Congreß den erwähnten Bundesrichter in Anklagestand zu versetzen und die Richterbank von einer solchen Schmach zu reinigen. Bis jetzt ist die republikanische Mehrheit im Congreß um die ganze Frage hinweggegangen wie die Katze um den heißen Brei, aber die Opposition wird sie mit der Nase schon hineinstoßen, und Farbe muß bekannt werden.

Die Untersuchung über die mit Credit-Mobilier-Actien versuchte und ohne Zweifel in manchen Fällen gelungene Bestechung von Congreßmitgliedern macht noch einer Aufdeckung der sämmtlichen mit dem Bau der Union-Pacific- und Central-Pacific-Bahn verbundenen Thatsachen begierig und eine Klage soll zu dem Ende gegen die früheren Leiter der Union-Pacific eingeleitet werden. Hoffentlich wird dieselbe nicht mit einem Compromiß, wie mit Gould und der Erie-Bahn endigen. Es würde sich alsdann herausstellen, daß die Erbauer der Bahn zum Bau derselben nicht allein keinen Cent hergaben, sondern von den Millionen, welche der Congreß ihnen dazu zur Verfügung stellte, Millionen in die Tasche steckten. Das Mittelglied zu dieser Operation bildete eben der Credit-Mobilier A, B, C. Die Directoren der Union-Pacific gaben den Bau der Bahn von C, B, A an die Credit-Mobilier-Gesellschaft in Accord, d. h. an sich selbst unter anderer Firma, und damit der Congreß ein Auge zudrücke, wurden Actien verschiedenen Congreßmitgliedern von Einfluß zu Preisen unter dem Marktpreise angeboten. Sie, die Mitglieder, brauchten dafür nichts zu zahlen, sondern Dawes, der Makler im Congreß, zahlte den Betrag aus der gleich darauf erklärten enormen Dividende, die eben nur durch enormen Betrug an den Vereinigten Staaten ermöglicht wurde. Die Untersuchung wird ohne Zweifel verschiedene Volksvertreter definitiv dem Privatleben zurückgeben, aber die Angriffe auf den Bundesschatz werden deshalb nicht aufhören. Eine Menge Anträge auf Ausführung sogenannter innerer Verbesserungen auf Bundeskosten, Canäle rc. zur billigeren Beförderung der Producte des Westens nach der Küste, sind bereits gestellt und gegen 300 Millionen, d. h. Schuldscheine, werden dafür verlangt. Es ist Gefahr vorhanden, daß wenigstens ein Theil dieser Projecte Gesetz wird, falls nicht energisch dagegen Protest erhoben wird.

Der ungewöhnlich frühe Eintritt des Winters, schon Anfang November, hat einen jener Schneestürme zur Folge gehabt in der Weihnachtswoche, welche nur auf diesem Continent vorkommen und für Dove und andere Meteorologen eine herrliche Studie abgeben würden. Er, der Schneesturm, erstreckte sich von der südlichen Grenze am Tennessee und der Küste von Süd-Carolina nordwärts bis zu den Seen und Canada. Die Verbindung zwischen der herabsteigenden Strömung des Luftmeeres über dem Stillen Ocean und der aufsteigenden an der Küste des Atlantischen stellte sich klar heraus. Der Westwind brachte zunächst von San Francisco die Kälte über den Continent, das mit warmen Dünsten vom Aequator gesättigte Luftmeer über dem Atlantischen Ocean fließt zuletzt als Nordost-Wind gegen die atlantische Küste und die Feuchtigkeit schlug sich als Schnee in ungeheuren Massen nieder, die unter 20 und 30 Grad unter Null (Fahrenheit) gefallene Temperatur wieder über Null hebend. Die von der Regierung errichteten Wetterstationen hatten somit das kalte Wetter wie den Schneesturm vorher signalisirt. Die Wichtigkeit dieser Stationen für die Wissenschaft der Meteorologie verspricht immer bedeutender zu werden. Die praktische Bedeutung erhellt daraus, daß von den täglich in allen großen Zeitungen veröffentlichten Wetterprophezeiungen (für den nächsten Tag jedesmal) nicht weniger als 76 pCt. im letzten Jahre eintrafen. Es ist somit Aussicht, daß man dem „Gesetz in der Erscheinungen Flucht" immer mehr auf die Spur kommt. Eine jährliche Zusammenstellung der Beobachtungen würde zu wichtigen Ergebnissen führen und wird eben deshalb erstrebt.

Chicago, 27. December. [Zur Witterung. — Mormonen. — Bier- und Branntwein-Verkauf am Sonntage. — Fleischhandel.] Während die Berichte aus Europa milde Witterung verkündeten, hat Amerika unter einer eisigen Temperatur gelitten. Selbst in Gegenden, die sonst von der Kälte weniger zu leiden haben, war wochenlang nichts als Eis zu sehen. Der Weihnachtsmorgen brachte die größte Kälte in den verschiedenen Städten am Mississippi, von Memphis bis St. Paul, 3—25 Grad unter Null. Der Schnee liegt 4—6 Fuß hoch auf der Ebene, und an vielen Orten haben die Eisenbahnen ihre Fahrten eingestellt. — Trotzdem die Regierung mit Maßregeln zur Aufhebung der Vielweiberei unter den Mormonen droht, ziehen die Heiligen am Salzsee noch immer neue Glaubensgenossen aus Europa an sich. Erst neulich passirte ein Trupp von 40 Männern und Frauen Chicago auf dem Wege nach Utah. Eigenthümlich ist es nur, daß fast gar keine Deutschen, Irländer oder Amerikaner dieser Secte beigetreten, sondern lauter Engländer, Schotten und Skandinavier. — In Chicago herrscht großer Streit darüber, ob der Verkauf von Bier und Branntwein an Sonntagen erlaubt sein solle oder nicht. Der Bürgermeister ist entschlossen, in dieser Frage den Einwohnern selbst die Entscheidung zu überlassen, wie ja auch in einzelnen der östlichen Staaten alljährlich vom ganzen Volke darüber abgestimmt wird. — Welche colossalen Mengen Fleisch im Westen der Vereinigten Staaten für den Markt hergerichtet werden, zeigen die jüngst veröffentlichten statistischen Berichte. Danach wurden 1872 in Chicago allein geschlachtet: 1,999,120 Schweine, 159,356 Rinder und 170,000 Schafe, die für den einheimischen Bedarf geschlachteten Thiere ungerechnet. Daß solche Mengen von Vieh nicht getödtet werden können, ohne riesige Abfälle zu hinterlassen, ist natürlich und ebenso natürlich ist es, daß dieselben im Sommer eine der Hauptplagen Chicagos bilden, besonders wenn der Wind von der Seite der Schlachthäuser her in die Stadt weht. Allein die Sache läßt sich nicht ändern und ein ächter Chicagoer würde lieber die Cholera jährlich 6 Monate in der Stadt leiden, als daß durch Verminderung oder Verlegung der Schlachthäuser Chicago seinen Ruf als erster Fleischmarkt der Welt einbüßen sollte.

Provinzial-Zeitung.

μ Breslau, 25. Jan. [Feuer.] Von zwei Stationen fast gleichzeitig alarmirt, rückte die Hauptfeuerwache gestern Nachmittag nach dem Grundstücke Friedrich Wilhelmsstraße Nr. 46a und fand bei ihrem Eintreffen den Bodenraum einer dort belegenen Tischlerei, auf welchem Fourniere, sowie Papiere und Pappen von einer ebenfalls dort etablirten Rahmenfabrik in nicht unbedeutender Menge lagerten, in vollen Flammen. Trotzdem war es möglich, nach einer halben Stunde Thätigkeit die Gefahr zu beseitigen und war es von besonderem Nutzen, daß vier Schläuche direct an die nächstliegenden Hydranten angelegt werden konnten.

+ Löwenberg, 24. Januar. [Vereinsleben.] Sämmtliche Vereine hiesiger Stadt entfalten auch in dieser Saison ein recht reges Leben. Der Gewerbe-Verein hält gewissenhaft seine laut Statut festgesetzten Versammlungen ab und fördert durch allerlei nützliche Vorträge aus dem Gebiete des gewerblichen, Handels-, politischen und geschichtlichen Lebens die Bildung und den Fortschritt seiner zahlreichen Mitglieder. Auf seine Anregung findet auch bei der im Mai d. J. in Aussicht genommenen landwirthschaftlichen, auch eine Ausstellung gewerblicher Erzeugnisse statt. — Der Turnverein hat in diesem Jahre einen kaum geahnten Aufschwung genommen. Das kleine, bescheidene Häuflein von einigen 40 Mann ist bis auf die nennenswerthe Zahl 86 gestiegen, von denen mehr als die Hälfte in dem schönen und geräumigen Saale des Herrn Glocke allwöchentlich seine Uebungen abhält. Selbst die alten Herren des Vereins haben sich endlich zu einer Gesundheits-Riege zusammengethan, welche immer stärker zu werden verspricht. — Der Gesangverein bleibt auch nicht zurück, sondern probt und concertirt eifrig fort. — Bürger-Ressource und Bürgerhalle bieten ihren Mitgliedern in kurzer Aufeinanderfolge recht angenehme Zerstreuungen theils durch theatralische, als auch musikalische Aufführungen. Namentlich für letztere hat Löwenberg eine recht wackere Anzahl musikverständiger und musikkundiger Personen aufzuweisen und bewährt somit seinen alten musikalischen Ruf trotz mancher ungünstiger Verhältnisse. — Am 22. d. M. veranstaltete der Sängerchor der höheren Bürgerschule zur Erinnerung an den ewig denkwürdigen 18. Jan. 1871 als den Wiedererstehungstag des deutschen Reiches und der Proclamation unseres Heldenkönigs zum deutschen Kaiser ein Gesangs-Concert im Prüfungs-Saale des Anstaltsgebäudes, welches aus Gesängen für Knaben-, gemischte und Männer-Chöre, sowie Sologesang allein bestand und das so vortrefflich gelang, daß die Ausführenden, wie den Dirigenten, Herrn Gesanglehrer Scharff, wohlverdienter Beifall lohnte.

+ Glogau, 24. Januar. [Zur Tageschronik.] Ein uraltes Institut wird bei uns in nächster Kürze abgeschafft werden, es ist dies das Institut der Thurmwächter. Die städtischen Behörden haben die Anlage einer elektrischen Leitung vom Polizeiamte nach dem Rathsthurme, der Feuerwehrwache, der Vorstadt und dem Dome beschlossen, um vermittelst derselben etwaige Feuer in der Stadt zu signalisiren. Die Stadt macht bei dieser Einrichtung, welche 1200 Thlr. kosten soll, ein gutes Geschäft, denn sie erspart dadurch jährlich 300 Thlr., welche die Thurmwächter kosten. Durch statistische Angaben ist festgesetzt worden, daß die Thurmwächter in 15 Fällen fünfmal blinden Lärm gemacht und bei 94 Feuern auf dem Lande 45 derselben falsch angegeben haben. — Schon seit Jahren ist ein Mitglied des Stadtverordneten-Collegiums zugleich Rendant der Armenkasse und erhält für das letztere Amt eine Remuneration aus der Kämmereikasse. Die Stadtverordneten haben nunmehr beschlossen, daß derselbe eins der beiden Aemter niederzulegen habe, weil nach §§ 16 u. 64 der Städteordnung es nicht zulässig sei, daß ein Stadtverordneter gleichzeitig ein besoldetes Gemeinde-Amt bekleide. — Die städtischen Behörden haben, nachdem sie von der Königlichen Regierung in Liegnitz und dem ressortirenden Minister abgewiesen worden sind, bei dem Hause der Abgeordneten petitionirt, die hiesige Commandite des Schlesischen Bankvereins zur Communalsteuer heranziehen zu dürfen. — Ueber die Geschäftsthätigkeit der in hiesiger Stadt amtirenden Schiedsmänner im vorigen Jahre erfahren wir, daß bei Herrn Stadtältesten Schädler 465, bei Herrn Kaufm. Flatau 69, bei Herrn Kfm. Linke 39, bei Herrn Stadtrath Niefeldt 29 und bei Herrn Rentier Kühn — Schuhmann 13 Klagesachen anhängig gewesen sind. Der Erstere hat von 465 Klagen 310 durch Vergleich beendet, 144 wurden zurückgezogen und nur 11 dem Gerichte überwiesen. — Der hiesige Dom-Bezirks-Verein feierte am Sonnabend im Saale des Schützenhauses sein erstes Stiftungsfest durch ein solennes Ballfest und gemeinschaftliche Tafel. Das Fest wurde mit von Herrn Cantor Witt dirigirten Gesangsvorträgen eröffnet. Die Festrede hielt der Vereins-Präses, Herr Rentier Seidel. — Im vorigen Jahre feierte das Kaufmann A. Samuel'sche und vor 8 Tagen das Kaufmann Süßkind'sche Ehepaar die goldene Hochzeit. In diesen Tagen überreichte Herr Rabbiner Dr. Rippner den genannten Ehepaaren die von der Königin Wittwe denselben bestimmten Jubelhochzeits-Geschenke, bestehend in zwei Ausgaben des alten Testaments.

—x— Gogolin, 24. Januar. [Unglücksfall.] Gestern Nachmittag stürzte der Mauerpolier Filuschl aus Gorasdze, welcher mit der Reparatur der Cylinder auf dem Kalkofen-Etablissement zu Vally-Hedwig betraut war, in den Schacht des Gichtthurmes, indem er einen kleinen Förderwagen nach der offenen Stelle des Schachtes, anstatt auf die Förderungsschaale des Thurmes schob. Er fiel ungefähr 50 Fuß tief und wurde fast leblos aufgehoben. Nach Hause geschafft, klagte er über heftige Kreuzschmerzen.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Januar 24. 25.	Nachm. 2 U.	Abds. 10 U.	Morg. 6 U.
Luftdruck bei 0°	328''',07	329''',27	330''',78
Luftwärme	+ 1°,3	+ 0°,5	+ 0°,3
Dunstdruck	1''',99	1''',88	1''',85
Dunstsättigung	88 pCt.	90 pCt.	90 pCt.
Wind	NW. 1	NO. 1	O. 1
Wetter	trübe.	trübe.	trübe.

Breslau, 25. Jan. [Wasserstand.] O.-P. 15 F. 9 Z. U.-P. 1 F. 6 Z.

4 Breslau, 25. Jan. [Neuer Schranken im Börsensaale.] In der gestern Nachm. unter Zuziehung einer Anzahl Börsenbesucher stattgehabten Sitzung der Börsen-Commission wurde beschlossen, versuchsweise einen neuen, länglich gewundenen Schranken aufzustellen, in dessen inneren Raum ausschließlich nur die vereideten Makler, sowie die Vertreter der Maklerbanken zugelassen werden sollen. Man hofft, daß die nunmehr gewählte Form des Schrankens sich besser bewähren wird, als die frühere kreisrunde.

Berlin, 24. Januar. Ohne daß ein lebhafteres Geschäft sich entwickelt hätte, schwankte die Börse in ihrer Haltung, nur nach dem Schluß kann sie als fest bezeichnet werden. Die Umsätze blieben äußerst beschränkt und gewannen nur in einigen Industriewerthen einigermaßen belangreichen Umfang. Die Abundanz des Geldmarktes nimmt immer mehr zu und ist Geld auf tägliche Kündigung kaum zu 2 pCt. unterzubringen. Im Engagement für Reportzwecke sind beliebige Summen sehr leicht zu 5⅛—6 pCt. erhältlich. Die Speculationspapiere eröffneten mit ziemlicher Festigkeit, ermatteten dann aber sehr in ihrer Haltung. In der zweiten Hälfte der letzten Börsenstunde rehabilitirte sich jedoch die günstige Stimmung und erholten sich in Folge dessen die gedrückten Course etwas. Die Hauptumsätze fanden in österreichischen Credit-Actien statt, während Lombarden und Franzosen vernachlässigt blieben. In österreichischen Bahnen war überhaupt der Verkehr äußerst gering, doch konnten sich die Course so ziemlich behaupten. Elisabeth-Westbahn ging etwas reger um. Oesterreichische Renten fest und in einigem Verkehr; Loospapiere bis auf 1860er, die gefragt waren, still und meist unverändert. Auswärtige Fonds gedrückt ohne nennenswerthen Verkehr. Ital. still, franz. Rente offerirt; Türken und Amerikaner niedriger. Russische Fonds allgemein vernachlässigt. Eine Ausnahme machen nur Lstr.-Anleihen, für die etwas Begehr auftrat. Prämien-Anleihen sehr still; Bahnen niedriger aber lebhaft. Preußische Fonds still aber fest. Preußische Central-Boden-Credit-Pfandbriefe belebt und steigend. Prioritäten in ruhigem Verkehr und recht fest; Oesterreichische auch etwas belebter. Auf dem Eisenbahnactienmarkte hatte eine bessere Stimmung Platz gegriffen, und waren namentlich leichte Actien fest. Das Geschäft hielt sich jedoch in den engsten Grenzen und zeichnete sich kaum ein Effect vor dem andern durch lebhafte Umsätze aus. Rumänen ließen nach. Belebter zeigte sich der Verkehr auf Prämie, da hierfür stärkere Kauflust sich bemerkbar machte. Bank-Actien waren im Allgemeinen fest. Disconto-Commandit hat große Umsätze zu steigenden Coursen aufzuweisen; ferner waren Deutsche Bank, Barmer und Quistorp recht lebhaft. Central-Genossenschaft, Bank für Rheinland und Westfalen steigend, Mecklenburger Bodencredit, Thür. Bank-Verein beliebt, Centralbank für Bauten höher, Hamburger Bankdevisen sehr fest. Maklerbanken fanden gute Käufer. Berliner Wechslerbank beliebt und höher, in der Hoffnung auf ein Arrangement, das indeß noch der Annahme bedarf, wonach ein Consortium durch Uebernahme der im Besitz der Wechslerbank befindlichen Actien der Producten- und Handelsbank, der Wechslerbank flüssige Mittel zuführen würde. Industriepapiere fest und belebt, Laura, Mechernicher, Cölner Bergwerk und Wissener Bergwerk anziehend, Hörder in Posten gehandelt. Rathenow Optische sehr beliebt, Chemnitzer Baugesellschaft, Westend und Torfgräberei steigend und lebhaft. Für Eilenburger Kattunfabrik hielt sich der Cours auf 102¼, Rath. Holzfabrik höher bei Frage; Harzer Union 113¼, Bensberg-Gladbach 115¾ bez. u. Gd., beide anziehend, desgleichen Pluto-Bergwerk; die zu erwartende Dividende pro 1872 wird auf 25—30 pCt. geschätzt; Louise Tiefbau 117—117¾ bez. (Bank- u. H.-Z.)

B. Stettin, 24. Januar. [Stettiner Börsenbericht.] Wetter: leicht bewölkt. Temperatur + 3° R. Barometer 27" 10'". Wind: NO. — Weizen matt, pr. 2000 Pfd. loco gelber ger. 50—61 Thlr. bez., besserer 62—72 Thlr. bez., feiner 73—82 Thlr. bez., pr. Januar 82 Thlr. nom., pr. Frühjahr 83⅜, 83 Thlr. bez., pr. Mai-Juni 82¾ Thlr. bez. u. Br., pr. Juni-Juli u. Juli-August 82½ Thlr. bez. u. Br., pr. September-October 79¼, 79 Thlr. bez. — Roggen matt, pr. 2000 Pfd. loco ger. 50—54½ Thlr. bez., feiner bis 56½ Thlr. bez., pr. Januar 54 Thlr. nom., pr. Februar-März 54¼ Thlr. bez., pr. Frühjahr 54⅞, ¾, ⅞ Thlr. bez, Br. u. Gld., pr. Mai-Juni 54⅞, ¾ Thlr. bez., pr. Juni-Juli 54¾ Thlr. bez. u. Br., pr. September-October 53¾ Thlr. bez. u. Br., 53 Thlr. Gld. — Gerste unverändert, pr. 2000 Pfd. loco 50—56 Thlr. bez. — Hafer still, pr. 2000 Pfd. loco 38—45 Thlr. bez., pr. Frühjahr 45 Thlr. Gld. — Erbsen matt, pr. 2000 Pfd. loco 43—47 Thlr. bez., pr. Frühjahr Futter- 48 Thlr. bez. — Winterrübsen pr. 2000 Pfd. pr. September-October 102¾ Thlr. bez. u. Br., 102½ Thlr. Gld. — Rüböl matter, pr. 200 Pfd. loco 23⅙ Thlr. Br., pr. Januar u. Jan.-Februar 22½ Thlr. bez. u. Br., pr. Februar-März 22½ Thlr. Gld., 22$\frac{7}{12}$ Thlr. Br., pr. April-Mai 23¼ Thlr. bez. u. Br., 23⅙ Thlr. Gld., pr. Mai-Juni 23½ Thlr. bez. u. Br., pr. September-October 23¾ Thlr. bez. u. Br., 23⅔ Thlr. Gld. — Spiritus matt, pr. 100 Liter à 100 pCt. loco ohne Faß 18$\frac{5}{12}$, 18 Thlr. bez., pr. Januar-Februar 18$\frac{1}{24}$, 18 Thlr. bez. u. Gld., pr. Frühjahr 18⅚, ⅚ Thlr. bez., pr. Mai-Juni 18⅔ Thlr. Br., 18$\frac{7}{12}$ Thlr. Gld. — Petroleum loco 6⅔ Thlr. bez., Kleinigkeiten 6¾ Thlr. bez., Regulirungspreis 6½ Thlr., pr. Januar 6½ Thlr. bez., pr. Januar-Februar 6½ Thlr. Br., pr. Februar-März 6⅓ Thlr. bez., pr. September-Octbr. 6$\frac{7}{24}$ Thlr. bez., 6⅓ Thlr. Br.

Angemeldet: 200 Ctr. Rüböl.

Regulirungspreise: Weizen 82, Roggen 54, Rüböl 22½, Spiritus 18 Thlr.

• [Concession.] Der „Staats-Anz." veröffentlicht die Concessions-Urkunde, betreffend den Bau und Betrieb einer Eisenbahn von Einbeck nach Salzderhelden durch die Braunschweigische Eisenbahn-Gesellschaft.

Nürnberg, 23. Januar. [Hopfenbericht.] Der zu Anfang der Woche begonnene bedeutende Einkauf für Export verlieh dem Markt eine günstige Haltung, und Preise konnten sich umsomehr wieder befestigen, als auch gestern das rege Geschäft mehrfache Abschlüsse für Export wie für Brauerkundschaft kennzeichnete. Von Letzteren sind einige Pöstchen Spalter Land, bevorzugtes Siegel, Stirn, Mosbach rc. zu 130 Fl., andere Sorten zu 80 bis 82 Fl. zu erwähnen, während geringe und Mittelsorten 57, 60—70 und 75 Fl. aufbrachten und hiesiger von z. B. 40 Ballen Oberösterreicher zu 58—62 Fl., 18 Ballen Gebirgshopfen zu 78—80 Fl. angezeigt sind. Vom heutigen Markt ist wenig zu melden. Exportwaare gefragt, aber nicht in entsprechender Qualität vorhanden, kam bis jetzt Mittags in kleinen Partien zu Preisen von 58—64 Fl., auch 70—75—78 Fl. zum Abschluß. In guten Sorten wurde wenig gehandelt, und Prima entbehrten momentan der Nachfrage. Umsatz 100 Ballen.

Berlin, 24. Januar. Weizen: Termine zu nachgebenden Preisen gehandelt. Gekündigt 3000 Ctnr. Loco 72—89 Thlr. pro 1000 Kilogr. nach Qualität bez., weißbunter poln. — Thlr. bez., pro Januar 81⅝—⅛ Thlr. bez., pr. Januar-Februar 81⅝—⅛ Thlr. bez., Februar-März — Thlr. bez., März-April — Thlr. bez., April-Mai 83½—83—⅛ Thlr. bez., Mai-Juni 82⅞—⅝—¾ Thlr. bez., Juni-Juli 82½—⅜—½ Thlr. bez. — Roggen loco, sehr still und zu unveränderten Preisen gehandelt. Für Termine zeigte sich heute wieder mehr Angebot und schloß der Markt nach einem kleinen Preisrückgang matt. Loco 56—60 Thlr. pro 1000 Kilogr. gefordert, inländischer 58 Thlr. ab Bahn bez., pr. Januar 57⅛ Thlr. bez., Januar-Februar 56⅜ Thlr. bez., Februar-März — Thlr. bez., März-April — Thlr. bez., April-Mai 56—55⅜ Thlr. bez., Mai-Juni 55⅞—⅝ Thlr. bez., Juni-Juli 55¾—⅝ Thlr. bez. — Rüböl anfangs matt und billiger verkauft, schließt etwas fester. Gekündigt — Ctnr. Loco 22⅚ Thlr. — Spiritus loco zwar nicht viel offerirt, aber doch etwas billiger, wie auch auf Termine matt, loco ohne Faß 18 Thlr. 6—5 Sgr. bez., pro Januar und Januar-Februar 18 Thlr. 13—10 Sgr. bez., Februar-März — Thlr. — Sgr. bez., April-Mai 18 Thlr. 13—10 Sgr. bez., Mai-Juni 18 Thlr. 25—21 Sgr. bez., Juni-Juli 19 Thlr. 2 Sgr. bis 18 Thlr. 29 Sgr. bis 19 Thlr. bez., Juli-August 19 Thlr. 8—5—6 Sgr. bez. Gekündigt 10,000 Liter. Kündigungspreis 18 Thlr. 11 Sgr. — Wetter: hell.

Telegraphische Course und Börsennachrichten.
(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Paris, 24 Januar, Nachmittags 3 Uhr. [Schluß-Course.] 3proc. Rente 54, 00. Anleihe de 1871 86, 85. Anleihe de 1872 88, 90. Italienische 5procentige Rente 65, 50. dto. Tabaks-Actien 848, 75. Franzosen (gestplt.) 772, 50. do. neue —, —. Oesterreich. Staats-Eisenbahn-Actien —, —. Oesterr. Nordwestb. — —. Lombard. Eisenbahn-Actien 445, 00. do. Prioritäten 252, 00. Türken de 1865 53, 32, do. de 1869 332, 00. Türkenloose 183, 75. Neueste türkische Loose — —. 6procent. Ver. St. pr. 1882 (ungest.) —. Goldagio —. Franz.-österr.-ungar. Bank 501, —. Fest.

London, 24. Januar, Nachmittags 4 Uhr. Consols 92$\frac{5}{16}$. Spanier —. Italien. 5procentige Rente 64¼. Lombarden 17$\frac{7}{16}$. Amerikaner —. 5procent. Russen de 1862 92¼ 5procentige Russen de 1864 97. Silber 59⅝. Nordd. Schatzscheine —, —. Französische Anleihe Morgan —,

—. Türk. Anleihe de 1865 52⅜. 6procent. Türk. Anleihe de 1869 64⅝. 6proc. Verein. St. pr. 1882 92⅞. Platzdiscont —.

Frankfurt a. M., 24. Januar, Nachm. 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course.] Berliner Wechsel 105. Hamb. Wechsel 87⅞. Lond. Wechsel 118⅞. Pariser Wechsel 92¾. Wiener Wechsel 107⅞. Franzosen alte*) 357⅞. do. neue 310. Hessische Ludwigsbahn 174¾. Böhmische Westbahn 257⅞. Lombarden*) 203⅞. Galizier*) —. Elisabethbahn 268⅞. Nordwestbahn 231. Elbthal 197¾. Gotthardbahn 105. Oberhessen 75⅞. Albrechtsbahn-Act. 182. do. Prioritäten 84⅞. Oregon 41⅞. Creditactien 354⅞. Bayr. Prämien-Anleihe 116⅞. do. Mil.-Anleihe 101⅞. Neue Badisch 103⅞. 1872er russisch-engl. Anleihe vollbez. 88⅞. do. nicht vollbez. —. Russ. 91⅞. Neue Russen —. Türken 51⅞. Silberrente 65⅞. Papierrente 61⅞. Münchener Loose 94⅞. 1860er Loose 96⅞. 1864er Loose 162⅞. Ungarische Anleihe 76⅞. do. Loose 110⅞. Raab-Grazer Loose 84⅞. Gömörer 83⅞. Bundes-Anleihe —. Amerikaner de 1882 96⅞. Darmstädter Bankactien 467⅞. Meininger Bank 144⅞. Dresd. B. 105⅞. Schuster-Gewerbebank 182⅞. Süddeutsche Bodencredit 108⅞. Deutsch-österreichische Bank 119⅞. Ital.-deutsche Bank —. Oestr. Nat.-Bank 1040. Franz.-ital. Bank 91⅞. Central-Pfandbr. —. Prov.-Disc.-Gesellsch. 164⅞. Brüsseler Bank 112⅞. Berl. Bankverein 146⅞. Leipziger Vereinsbank 94. Frankf. Bankverein 148⅞. do. Wechslerb. 105⅞. Centralbank —. Antwerpener Bank —. Englische Wechslerbank 51⅞. Baltischport 87. New-york. 6proc. Anl. —. South Eastern 69⅞. Kontinental-Eisenb. 118⅞. Hahn Effectenbank 120⅞. Wiener Unionbank 280. Frankfurter Baubank 106⅞. Pilsner-Wiszma Eisenbahn 88.

Braunau-Straßwalchener Stamm-Actien 55⅞. bto. Prioritäten 79½. — Nach Schluß der Börse: Credit-Actien 356⅞, Franzosen 357⅞, Lombarden 203.

*) pr. medio resp. pr. ultimo.

Frankfurt a. M., 24. Januar, Abends. [Effecten-Societät.] Amerikaner 96⅛. Creditactien 356, 50. 1860er Loose 96⅞. Staatsbahn 356, 75. Franzosen —. Lombarden 203. Galizier —. Silberrente 65⅞. Papierrente —. Hahn'sche Effectenbank 130, 50. Deutsch-Oesterr.-Bank —. Continental-Eisenbahnbau —. Bankactien —. Raber —. Elisabethbahn 168, 75. Provinzial 165, 50. — Fest aber still.

Hamburg, 24. Januar, Nachmitt. [Schluß-Course.] Preuß. Thaler 149⅞. Hamburger Staats-Prämien-Anl. 99⅞. Silberrente 66. Oesterr. Credit-Actien 306⅞. Oesterr. 1860er Loose 97. Nordwestb. 492⅞. Franzosen 760⅞. Raab-Grazer Loose 86. Lombarden 432. Italienische Rente 64⅞. Vereins-Bank 126. Hahn'sche Effectenbank 130⅞. Commerzbank 127. Nordd. Bank 179⅞. Provinzial-Disconto-Gesellschaft 166⅞. Anglo-deutsche Bank 119. do. neue 115. Dänische Landmannbank 103. Dortmunder Union 174. Wiener Unionbank 242. 1864er Russische Prämien-Anleihe 123. 1866er Russische Prämien-Anleihe 123. Amerikanische de 1882 93. Disconto 4 pCt. Laurahütte 243. Schwankend.

Wechselnotirungen: London lang 13 Mk. 6⅞ Sch., London kurz 13 Mk. 8⅞ Sch., Amsterdam 35, 75, Wien 82⅞, Paris 190⅞, Petersburg 23⅞.

Hamburg, 24. Januar, Nachmittags. [Getreidemarkt.] Weizen und Roggen loco preishaltend aber still, auf Termine ruhig. Weizen pr. Januar 126pfd. pr. 1000 Kilo netto 253 Br., 251 Gd., pr. Januar-Februar 126pfd. pr. 1000 Kilo netto 253 Br., 251 Gd., pr. April-Mai 126pfd. pr. 1000 Kilo netto 250 Br., 248 Gd., pr. Mai-Juni 126pfd. pr. 1000 Kilo netto 250 Br., 248 Gd. — Roggen pr. Januar 1000 Kilo netto 164 Br., 163 Gd., pr. Januar-Februar 1000 Kilo netto 164 Br., 163 Gd., pr. April-Mai 1000 Kilo netto 166 Br., 165 Gd., pr. Mai-Juni 1000 Kilo netto 166 Br., 165 Gd. — Hafer und Gerste preishaltend aber still. — Rüböl still loco 24⅞, pr. Mai 24⅞, pr. Oct. pr. 200 Pfd. 74⅞. — Spiritus still, pr. 100 Liter 100 pCt. pr. Januar, pr. Januar-Februar und pr. April-Mai 46⅞. — Kaffee erregt, Umsatz 8000 Sack. — Petroleum matt, Standard white loco 12⅞ Br., 12⅞ Gd., pr. Januar 12⅞ Gd., pr. Januar-März 12 Gd. — Wetter: Trübe.

Hamburg, 24. Januar. [Abendbörse.] 8⅞ Uhr. 1860er Loose — Amerikaner 93. Italiener 64⅞. Lombarden 432. Oesterr. Credit-Actien 306 — 305, 50. Oesterr.-Franz.-Staatsbahn 761, 50 — 757, 50. Nordwestbahn 492. — Anglo-Deutsche Bank 119, 50. Laura 245. Silberrente 65⅞. Commerz- u. Disct.-Bank 127, 25. Dortmunder 173, 50. Matt.

Liverpool, 24. Januar, Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 10,000 Ballen. Ruhig. Tages-Import 10000 Ballen, amerikanische. Orleans 10⅞.

Liverpool, 24. Januar, Nachm. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 8000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Schwach. Middl. Orleans 10⅞, middl. amerikanische 9⅞, fair Dhollerah 7⅞, middl. fair Dhollerah 6⅞, good middling Dhollerah 5⅞, middl. Dhollerah 5⅞, fair Bengal 4⅞, fair Broach 7⅞, new fair Omra 7⅞, good fair Omra 7⅞, fair Madras 6⅞, fair Pernam 10⅞, fair Smyrna 8, fair Egyptian 10⅞.

Petersburg, 24. Januar, Nachm. 5 Uhr. [Schluß-Course.] Wechselcours auf London 3 Monat 32⅞, do. auf Hamburg 3 Monat 276⅞, do. auf Amsterdam 3 Monat 164⅞, do. auf Paris 3 Monat 349⅞, 1864er Prämien-Anleihe (gestplt.) 150⅞, 1866er Prämien-Anleihe (gestplt.) 152, Imperials 6, 03⅞, Große Russische Eisenbahn 138⅞, Internation. B. I. Emission —, do. II. Emission —.

Petersburg, 24. Januar, Nachm. 5 Uhr. [Productenmarkt.] Talg loco 48⅞. Weizen pr. Mai 14⅞. Roggen pr. Mai 7, 40. Hafer pr. Mai-Juni 4, 20. Hanf pr. Juni 35. Leinsaat (9 Pud) pr. Mai 13. — Wetter: Kalt.

Köln, 23. Januar, Nachmittags 1 Uhr. [Getreidemarkt.] Wetter: Trübe. Weizen matter, hiesiger loco 8, 17⅞, fremder loco 8, 15, pr. März 8 14, pr. Mai 8, 12⅞, pr. Juli 8, 11⅞. Roggen matt, loco 5, 15, pr. März 5, 12⅞, pr. Mai 5, 12⅞, pr. Juli 5, 17. Rüböl unveränd., loco 12⅞, pr. Mai 12⅞, pr. October 12⅞. Leinöl loco 12⅞.

Paris, 24. Jan., Nachm. [Productenmarkt.] Rüböl ruhig, pr. Januar 97, 50, pr. März-April 97, 75, pr. Mai-August 99, 00. Mehl ruhig, pr. Januar 72, 00, pr. März-April 72, —, pr. Mai-Juni 72, 50. — Spiritus pr. Januar 55, 50. — Wetter: Veränderlich.

London, 24. Januar, Nachmittags. [Getreidemarkt.] Schlußbericht. Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 17,900, Gerste 18,220, Hafer 15,590 Qrtrs.

Der Markt schloß für sämmtliche Getreidearten bei schleppendem Geschäft zu festen Mittwochspreisen.

Liverpool, 24. Januar, Nachm. [Getreidemarkt.] Weizen flau, Mehl 6 D., Mais 3 D. niedriger.

Amsterdam, 24. Januar, Nachm. 4 Uhr 30 Min. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen geschäftslos. Roggen loco sehr ruhig, pr. März 196⅞, pr. Mai 199. Rüböl loco 43, pr. Mai 44⅞, pr. Herbst 44⅞.

Antwerpen, 24. Januar, Nachm. 4 Uhr. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen matt. Roggen ruhig, Odessa 18. Hafer stetig. Gerste gefragt, algerische 20⅞.

Antwerpen, 24. Januar. [Petroleummarkt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß, loco und pr. Januar 44⅞ bz., 45 Br., pr. Februar und pr. März 45 Br. — Weichend.

Bremen, 24. Januar. Petroleum, Standard white loco 18 Mk. 25 Pf.

* Breslau, 25. Jan., 9½ Uhr Vorm. Am heutigen Markte war die Stimmung im Allgemeinen ruhiger, bei mäßigen Zufuhren und unveränderten Preisen.

Weizen in matter Haltung, pr. 100 Kilogr. schlesischer weißer 6⅞ bis 9 Thlr., gelber 7—8⅞ Thlr., feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen nur feine Qualitäten verkäuflich, pr. 100 Kilogr. 5⅞—6⅞ Thlr., feinste Sorte 6⅞ Thlr. bezahlt.

Gerste behauptet, pr. 100 Kilogr. 4⅞—5 Thlr., weiße 5⅞ bis 5⅞ Thlr.

Hafer matter, pr. 100 Kilogr. 4⅞ bis 4⅞ Thlr., feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Erbsen lustlos, pr. 100 Kilogr. 4⅞—5⅞ Thlr.

Wicken sehr fest, pr. 100 Kilogr. 4⅞—5 Thlr.

Lupinen offerirt, pr. 100 Kilogr. gelbe 3—3⅞ Thlr., blaue 2⅞ bis 3⅞ Thlr.

Bohnen niedriger, pr. 100 Kilogr. schlesische 5⅞—6 Thlr.

Mais unverändert, pr. 100 Kilogr. 5—5⅞ Thlr.

Schlaglein mehr offerirt.

Per 100 Kilogramm netto in Thlr., Sgr., Pf.			
Schlag-Leinsaat	8 — —	8 15 —	9 — —
Winter-Raps	9 15 —	9 17 6	9 25 —
Winter-Rübsen	9 5 —	9 7 6	9 15 —
Sommer-Rübsen	8 17 —	9 — —	9 5 —
Leindotter	7 — —	7 25 —	8 10 —

Rapskuchen sehr behauptet, schlesische 73—76 Sgr. pr. 50 Kilogr.

Leinkuchen matter, schlesische 88—90 Sgr. pr. 50 Kilogr.

Kleesaat in fester Haltung, rothe 13½—16⅓ Thlr. pr 50 Kilogr., weiße 16—19—21½ Thlr. pr. 50 Kilogr., hochfeine über Notiz bezahlt.

Thymothee mehr offerirt, 8½—10⅓ Thlr. pr. 50 Kilogr.

Kartoffeln pr. 50 Kilogr. 28 Sgr. bis 1 Thlr., pr. 5 Liter 3¼—4 Sgr.

Berliner Börse vom 24. Januar 1873.

Wechsel-Course.

Amsterdam 250 Fl.	k. S.	5	140¾ bz.
do. do.	2 M.	5	139⅝ bz.
Hamburg 300 Mk.	k. S.	4	149½ bz.
do. do.	2 M.	4	— —
London 1 Lst.	3 M.	4	6.20⅝ bz.
Paris 300 Frcs.	2 M.	5	— —
Wien 150 Fl.	8 T.	6	92 bz
do. do.	2 M.	6	91¼ B. ⅛ G
Augsburg 100 Fl.	2 M.	4	56.16 G.
Leipzig 100 Thlr.	8 T.	5½	99¾ G.
do. do.	2 M.	4½	— —
Frankf. a. M. 100 Fl.	2 M.	5	— —
Petersburg 100 SR.	3 M.	6½	89½ B.
Warschau 90 SR.	8 T.	6	81⅞ bz.
Bremen	8 T.	5	— —

Fonds und Geld-Course.

Freiw. Staats-Anleihe	4½	103 G.
Staats-Anl. 4½%ige	4½	101⅝ bz.
dito consolid.	4½	103⅜ bz.
dito 4%ige	4	95⅞ bz.
Staats-Schuldscheine	3½	89⅝ bz.
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	124¼ bz.
Berliner Stadt-Oblig.	4½	100⅝ bz.
Cöln-Mind. Prämiensch	3½	94⅝ bz.G.
Pfandbriefe: Berliner	4½	98⅞ bz G.
Central-Boden-Cr.	5	102 G.
do. Unkündb.	5	101¾ bz.
Pommersche	3½	81⅝ bz.
Posensche	4	91 bz.
Schlesische	3½	— —
Rentenbriefe: Kur- u. Neumärk.	4	95¾ bz.
Pommersche	4	96 bz.
Posensche	4	92⅞ G.
Preussische	4	94 G.
Westfäl. u. Rhein.	4	97½ G.
Sächsische	4	96⅝ bz.
Schlesische	4	94 G.

Kurh. 40 Thlr.-Loose 71¼ G.
Oldenburger Loose 38½ bz.B.

Louisd'or 111 bzG.	Dollars 1.11⅛ G.
Sovereigns 6 21¾ G	FrmdBkn. 99¾ bz
Napoleons 5.10¼ bz	Oest. Bkn. 92 7/16 bz.
Imperials 5.16½ G.	Russ. Bkn. 82⅝ bz

Ausländische Fonds.

Oest. Silberrente	4⅕	65⅝ à ⅞ bz.
do. Papierrente	4⅕	61¾ bz.
do. Lott.-Anl. v. 60	5	96⅝ bz.
do. 54er Präm.-Anl.	4	94 G.
do. Credit-Loose	—	118 B.
do. 64er Loose	—	92 bz.
do. Silberpfandbr.	5½	83⅞ bz.
Pfdb.d.Oest.Bd.-Cr.-Gs.	5	92½ B.
Wiener Silberpfandbr.	5½	86 G.
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	127⅝ bz.
do. do. 1866	5	128¾ et bz.
do. Bod.-Cred.-Pfb.	5	91 bz.
Russ.-Pol. Schatz-Obl.	4	75⅞ G.
Poln. Pfandbr. III. Em.	4	76½ G
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	65¼ B.
Amerik. 6% Anl. p. 1882	6	97⅛ et bz.G.
do. do. p. 1885	6	99 B.
do. 5% Anleihe	5	95⅞ bz.
Badische Präm.-Anl.	4	112½ bz.B.
Baiersche 4% Anleihe	4	116⅝ bz.
Französische Rente	5	85½ bz.B.
Ital. neue 5% Anleihe	5	64¾ bz.
Ital. Tabak-Oblig.	6	93½ bz.B.
Raab-Grazer 100 Thlr-L.	4	84¼ bz.
Rumänische Anleihe	8	— kl 99¾ bz.B.
Türkische Anleihe	5	52⅛ bz.
Ung. 5% St. Eisenb. Anl.	5	76⅝ bz.

Badische 35 Fl.-Loose 40 B.
Braunschw. Präm.-Anl. 24¼ bz.G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose — —
Finnische 10 Thlr.-Loose 9½ G.

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg.-Märk. Serie II.	4½	— —
do. III. v. St. 3½ g.	3½	82½ bz.
do. do. VI.	4½	98⅝ bz.
do. Nordbahn	5	102¾ B.
Breslau-Freib. Litt. D.	4½	97½ G.
do. do. G.	4½	97½ G.
do. do. H.	4½	97½ G.
Cöln-Minden III.	4	89 bz.G.
do. do. do.	4½	98⅞ bz.G.
do. do. IV.	4	89⅝ G.
do. do. V.	4	89 bz.G.
Märkisch-Posener	5	102 G.
Ndrschl.-Märkische	4	93⅛ bz.
do. do. III.	4	91 B.
do. do. IV.	4½	— —
Ndrschl. Zwgb. Lit. C.	5	101 G.
do. do. D.	5	101 G.
Oberschles. A.	4	— —
do. B.	3½	— —
do. C.	4	89½ G.
do. D.	4	89½ G.
do. E.	3½	81½ G.
do. F.	4½	98⅞ G.
do. G.	4½	98½ G.
do. H.	4½	98½ bz.
do.	5	102½ bz.G.
do. Brieg-Neisse	4½	97¼ bz.G.
Cosel-Oderb. (Wilh.)	4	80 G.
do. do. III.	4½	— —
do. do. IV.	4½	— —
do. do.	5	102⅝ bz.
Ostpreuss. Südbahn	5	101¼ B.
Rechte-Oder-Ufer-B.	5	101½ B.
Schlesw. Eisenbahn	4½	96¼ bz.
Stargard-Posen III. Em.	4½	98¾ G.
Lemberg-Czernowitz	5	67⅝ bz.G.
do. do. II.	5	79¾ bz.
do. do. III.	5	70⅝ bz.
Gal. Carl-Ludw.-Bahn	5	93¾ et bz.G.
do. do. neue	5	89⅞ et bz.B.
Kaschau-Oderberg	5	85 bz.
Kronpr. Rudolph-Bhn.	5	86⅝ bz.B.
Mähr.-Schl. Centralbhn.	5	82¾ bz.
Oesterr.-Französische	3	296 et bz.B.
do do. neue	3	282⅝ bz.B.
do. südl. Staatsbhn.	3	250½ bz.
do. neue	3	248½ bz.
do. Obligationen	5	86⅛ B.
Chemnitz-Komotau	5	91⅞ bz.G.
Prag-Dux	5	85¾ bz.B.
Dux-Bodenbach	5	88½ bz.B.
Rockford Rock Island	7	33½ bz.B.
Ung. Nordostbahn	5	77 bz.
Ung. Ostbahn	5	70⅝ bz.B.
Warschau-Wien II.	5	96 G.
do. III.	5	95⅝ bz.B.

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Divid. pro	1871	1872	Zf.	
Aachen-Mastricht	3/5	—	4	46⅝ bz
Berg.-Märkische	7½	—	4	123¼ bz G.
Berlin-Anhalt	18½	—	4	211 et bz B.
Berlin-Görlitz	0	—	4	116½ bz G
Berlin-Hamburg	10¾	—	4	224⅛ bz G.
Berl.-Potsd.-Magd.	14	—	4	153 bz B.
Berlin-Stettin	11 [illegible]	—	4	186⅝ bz B.
Böhm. Westbahn	8¼	—	5	110⅝ bz B.
Breslau-Freib.	9½	—	4	122¼ bz G.
do. neue	—	—	5	112¾ B.
Cöln-Minden	11⅓	—	4	165¼ à ⅛ bz
do. do. neue	5	—	5	112⅞ bz
Dux-Bodenbach B.	5	—	5	63¾ G.
Gal. C.-Ludw.-B	8½	—	5	105 bz
Halle-Sorau Guben	4	—	4	66 bz G.
Hannover-Altenb.	5	—	5	78 bz G.
Kaschau-Oderberg	5	—	5	83½ bz G
Kronpr.-Rudolfb	5	—	5	77⅝ bz
Ludwigsh.-Bexb.	11¾	—	4	196 G.
Märk.-Posener	0	—	4	62 bz G.
Magdeb.-Halberst.	8½	—	4	133 bz B.
Magdeb.-Leipzig	16	—	4	266¾ bz B.
do. Lit. B.	4	—	4	98¾ bz G.
Mainz-Ludwigshaf.	11	—	4	175 B.
Ndrschl.-Märk.	4	—	4	95¼ G.
Ndrschl.-Zweigb.	5	—	4	111¾ B.
Oberschles. A. u. C.	13¾	—	3½	216⅞ bz
do. B.	13¾	—	3½	193⅜ bz
Oestr.-Fr.-St.-B.	12	—	5	204⅝ à 3¾ bz
Oester.-Nordwestb	5	—	5	132¼ et à 2 bz
Oestr. südl. St.-B.	4	—	5	116⅝ à 16 bz
Ostpreuss. Südb.	0	—	4	45¾ bz G.
Rechte O.-U.-Bahn	3	—	5	126¾ bz G.
Reichenberg-Pard.	4 3/7	—	4½	80⅞ bz G.
Rheinische	10	—	4	155¾ et ½ bz
Rhein-Nahe-Bahn	0	—	4	44¾ bz G.
Rumän. Eisenb.	5½	—	5	43⅞ bz
Schweiz. Westbahn	2	—	4	54 bz G
Stargard-Posener	4½	—	4½	100 bz G.
Thüringer	10½	—	4	148½ et bz
Warschau-Wien	12	—	5	86⅛ bz

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

Berlin-Görlitzer	5	—	5	107 bz G
Berlin Nordbahn	—	—	5	71½ bz G.
Breslau-Warschau	5	—	5	65 B.
Halle-Sorau Guben	5	—	5	83¾ bz G
Hannover-Altenb.	5	—	5	90⅞ bz
Kohlfurt-Falkenb.	—	—	5	91½ bz G.
Märk.-Posener	0	—	5	84⅛ bz G.
Magdeb.-Halberst.	3½	—	3½	82 bz
Ostpr. Südbahn	0	—	5	70 bz B.
Rechte O.-U.-Bahn	5	—	5	124½ bz
Saal-Bahn	—	—	5	75¼ bz G.

Bank- und Industrie-Papiere.

AngloDeutscheBk	—	—	5	119 G.
Berliner Bank	15	—	4	113¾ bz G.
Berl. Bankverein	16	—	5	145¼ bz G.
Berl. Kassen-Ver.	12⅖	—	4	303 G.
Berlin. Hand.-Ges.	12½	—	4	146¼ bz G.
Berl. Lombard-Bk.	5	—	5	91 G.
Berl. Makler-Bank	25⅔	—	4	107⅞ bz
Berl. Prod.-Makl-B.	—	—	5	97 bz
Berl. Wechslerbnk.	12½	—	5	60⅛ bz G.
Braunschw. Bank	8½	—	4	124¼ G.
Bresl. Disc.-Bank				
Friedenthal u. C.	13	—	4	119¾ bz G.
Bresl. Handels-Ges.	—	—	5	— —
Bresl. Maklerbank	—	—	5	139 B.
BreslMakl-Ver-Bk	—	—	5	137¾ G.
BrProvWechslerB.	—	—	5	107 B
Brsl. Wechslerbnk.	12	—	4	128¼ bz G.
Centr.-Bk. f. Genos.	12	—	4	126 bz G
CoburgerCred.-Bk.	10¾	—	4	105 et bz B.
Danziger Priv.-Bk.	7	—	4	115 G.
Darmst. Creditb.	15	—	4	387 bz G.
Darmst. Zettelbank	8	—	4	114¼ bz G
Dessauer	—	—	fr.	— —
Deutsche Bank	8	—	4	109⅜ bz G
DeutscheUnionsbk	11½	—	4	106¼ bz G.
Disc.-Com.-A.	24	—	4	274¾ bz G.
Genfer Bank	—	—	fr.	7 G.
Genossensch.-Bnk.	10¾	—	4	133¼ G.
do. junge	—	—	4	126¼ bz G.
Gewb. Schusteru. C.	10⅜	—	4	182½ bz G.
Goth. Grundcred.-B	9	—	4	174⅝ bz
Hamb. Nordd. Bk.	12⅗	—	4	175 G.
do. Vereins-Bk.	11¼	—	4	125 B.
Hannover'sche do.	—	—	5	111 bz B.
do. Disconto-Bk.	—	—	4	93⅝ bz
Hessische Bank.	—	—	4	87½ G.
Königsberger do.	11	—	5	181¼ G.
Landw.-B. Kwileck	—	—	4	106 G
Leipz. Credit-Bnk.	11	—	5	174¾ bz B.
Luxemburger do.	12	—	4	141 et bz B.
Magdeburger do.	5⅘	—	4	167½ G.
Meininger do.	12	—	4	144⅞ bz G.
Moldauer Lds.-Bk.	6	—	4	69 B.
Ndrschl. Cassenver.	12	—	4	128⅝ bz
Nordd. Grundcr.-B	8	—	4	108¾ bz
Oberlausitzer Bnk.	10¾	—	5	105 bz G.
Oest. Credit-Actien	17½	—	5	204¼ à 3¾ bz
Ostdeutsche Bank	—	—	5	100½ bz G.
Ostd Producten-Bk	—	—	5	84⅝ bz G
Posener Bank	6⅘	—	4	111 G.
Pos. ProvWechslb.	—	—	4	96¼ B.
Preuss. Bank-Act.	12 3/10	—	4	216¼ bz
Pr. Bod.-Cr.-Act.-B	14	—	5	174¾ bz G.
Pr. Central-Bod. Cr.	9½	—	5	130¾ bz G.
Pr. Credit-Anstalt	—	—	5	140 bz G.
Prov-Wechsler-Bk	—	—	4	82 et bz
Sächs. B. 60% I. S.	10	—	4	151½ bz
Sächs. Cred.-Bank	11	—	4	133 bz G.
Schles. Bank-Ver.	12	—	4	159¼ bz B.
Schl. Vereins-Bank	—	—	5	108¼ G.
Thüringer Bank	15	—	5	124 bz G.
Ver.-Bk. Quistorp.	—	—	5	181½ bz
Weimar. Bank	7	—	4	118 bz
Wiener Unionbank	—	—	5	161¼ bz
		—		
Berl. Eisenb. Bed-A	10½	—	5	183¾ B.
Görlitzer do.	0	—	5	75¼ bz G
Oberschles. do.	6	—	5	154⅞ bz G.
Märk. Schl Masch-G	—	—	5	66⅛ bz
Nordd. Papierfabr.	8 1/10	—	5	96⅛ G.
Westend, Comm-G.	16	17	5	192⅛ bz
Baltischer Lloyd.	10	—	5	76 bz G.
Bresl. Bierbrauerei	—	—	5	74¾ B.
do. verein. Oelfab.	—	—	5	88 G
Bresl. E-Wagenbau	7	—	5	92 bz
Brdm. Spinnerei	—	—	5	59½ bz G.
Hoffm's Wagg. Fab.	—	—	5	74½ bz G.
S. Act. Br. (Scholtz)	9	—	5	90¾ bz G.
do. Porzellan	—	—	5	103 bz
Schl. Leinenindust.	10	—	5	166½ bz
Schl. Tuchfabrik	11	—	5	165 bz G.
do. Wagenb. Anst.	—	—	5	89 bz B.
Donnersmarkhütte	—	—	5	97⅝ bz B.
Königs- u. Laurah.	12¼	—	5	244⅞ bz G.
Lauchhammer	—	—	5	113¾ bz G.
Marienhütte	—	—	5	123½ bz G.
Minerva	"	—	5	63 G.
O. Schl Eisenwerke	—	—	5	94⅞ B.
Redenhütte	—	10	5	115¼ bz G.
Schl. Kohlenwerk.	—	—	5	109¾ bz G.
Schles. Zinkh.-Act.	6	—	5	106 bz B.
do. St.-Pr.-Act.	6	—	4½	106 et bz G.
Tarnowitz. Bergb.	9	—	fr.	270 bz B.
Hyp. Pfdb. d. Pr. Bod	—	—	fr.	102¼ bz
Pomm. Hyp.-Briefe	—	—	5	101 G.
Goth. Präm.-Pfndb.	—	—	5	105¼ B.
MeiningerPrämPfb	—	—	4	93¼ bz G.
Pr. Hyp.-Vers.-Act.	12	—	4	120 bz G.
Schles. Feuervers.	20	—	4	150 G.

Bank-Discont 4½ pCt.
Lombard-Zinsfuss 5½ pCt.

Telegraphische Depeschen.
(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Stuttgart, 24. Jan. In der heutigen zweiten Kammersitzung interpellirte Oesterlen über den Stand der Verhandlungen über die Gerichtsverfassung des deutschen Reichs und die Stellung Würtembergs dazu. Der Justizminister erklärte, daß eine Berliner Ministerconferenz vor der Annahme im Ganzen die wichtige Frage des Organisationsgesetzes verhandele und die Berathungsergebnisse der preußischen Justizbeamten in Form eines Gesetzentwurfs zusammenstelle; diese Vorlage solle erst von Commissarien der betheiligten Regierungen berathen, dann einer anderweitigen Ministerconferenz unterbreitet werden, welche die Vorlage für den Bundesrath feststelle. Die bisherigen Besprechungen wären vorläufige und vertrauliche; die Minister sprachen sich persönlich aus, nicht im Namen der Regierungen. Die Regierungen würden erst später schlüssig werden, weshalb über das Verhalten und den Entschluß der würtembergischen Regierung jetzt keine Mittheilung zu machen sei. Die Kammer beschloß den schleunigsten Druck der Mittnacht'schen Rede und sodann die weitere Berathung.

Versailles, 24. Jan., Abends. Die Dreißiger-Commission genehmigte den Artikel 2 der Subcommissions-Vorlage über die Befugnisse der Executive bis auf den Schlußpassus über die Interpellationen und vertagte die weitere Berathung auf morgen. Das Amendement, welches die sofortige Publication, anstatt der im Artikel 2 bestimmten Fristen, von solchen Beschlüssen bezweckt, welche die Nationalversammlung in außerordentlichen Fällen zu treffen veranlaßt sein könnte, wurde abgelehnt.

Bern, 24. Jan. Ueber die Angelegenheit betreffs der Gesellschaft der „Ligne d'Italie" sind dem Bundesrathe seitens der französischen und der italienischen Regierung neuerdings besondere Noten zugegangen. Während in derjenigen der letzteren nur um Auskunft darüber gebeten wird, welchen Einfluß die Entziehung der der Gesellschaft verliehenen Concession auf die auf italienischem Gebiete bereits in Angriff genommenen Erdarbeiten haben werde, empfiehlt diejenige des französischen Cabinets die Berücksichtigung der Interessen der französischen Actieninhaber der besonderen Fürsorge des Bundesraths.

Bukarest, 24. Jan. Die Deputirtenkammer begann heute die Berathung der Regierungsvorlage betreffs Abänderung des Strafgesetzbuches, nachdem vorher einstimmig der Erlaß einer Beileidsadresse an die Wittwe des Kaisers Napoleon votirt worden war.

Miscellen.

Rom, 17. Januar. [Bodensenkungen.] Eine Genuesische Depesche vom 16. berichtet, daß die Bodensenkungen und Erhöhungen in Ober- und Unter-Dova fortdauern. Es ist das eine ganz eigenthümliche Erscheinung des Genuesischen Küstengebirges, die heut einige Zeit in den Bergen von Fontanabuona und in Ober-Bisagno beobachtet wird. Einsenkungen und Erhöhungen entstanden, wo vorher ebene Straßen waren, wie bei Bavari, Berge zerbröckeln oder spalten sich, oder rutschen mit allem was darauf steht, Wälder und menschliche Wohnungen, in's Thal herab und legen ein nacktes Felsengerippe bloß. Der Berg, Bergalino, auf dessen einer Seite das Dorf Torriglia, auf der anderen die Gemeinde S. Marco d'Uri liegt, hat sich gespalten. Ob diese auffallenden Erscheinungen nur die Folge der ausnehmend feuchten Witterung dieses Winters sind, oder ob sie mit der vulcanischen Bildung Italiens überhaupt in Zusammenhang stehen, ist noch nicht ermittelt.

[Wie sich ein betrogener Ehemann rächen kann.] Pariser Blätter bringen folgende Geschichte: Ein französischer Offizier hatte Mißtrauen in seine reizende junge Gattin gefaßt. Er stellte sich, als hätte er eine längere Reise anzutreten, nahm Abschied, kam nach drei Stunden wieder und fand seine Frau in Gesellschaft eines jungen Bankcommis. Der Eifersüchtige stößt seine Gattin aus dem Zimmer und wendet sich dann an den jungen Mann, der bleich und zitternd sich auf einen Tisch stützt, auf welchem ein Teller mit zwei Dutzend harter Zwiebacke steht. Schrecklichen Antlitzes und den Lauf eines Revolvers auf die Brust des jungen Sünders richtend, beobachtete der Offizier eine Weile still sein Opfer; dann spricht er mit dem Tone der Unerbittlichkeit auf die Zwiebacke weisend: „Iß das." — Der junge Mann, der alles Andere erwartet hatte, als diese Einladung, zögert. — „Iß, oder ich schieße Dich nieder." Was ist zu thun? Der junge Mann ißt einen Zwieback. — „Weiter!" — Er ißt den zweiten, dritten und vierten Zwieback, immer vor der Mündung der Mordwaffe. Nach dem sechsten Stück wollte er Wasser trinken, aber der Grausame litt es nicht. Der trockene, spröde Zwieback mußte weiter gekaut und geschluckt werden. Nach Hinunterwürgung des ersten Dutzends fällt der Unglückliche auf seine Knie und bittet um Gnade. „Steh auf und iß, oder ich schieße!" heult der Ehemann. Und das Opfer muß weiter essen. Zwischen die Zähne zwängt er den zweiundzwanzigsten Zwieback. Und an diesem zweiundzwanzigsten Stück Hartgebäck erwurgste sich der unglückliche Liebhaber und war so todt, als der Held einer Mordgeschichte es nur sein kann.

[Der Findling des Director Dr. Lehmann.] Die „Stett. Ztg." schreibt: Mit Bezug auf die Mittheilung, daß der Gymnasial-Director Dr. Lehmann in Neustettin ein etwa vierjähriges, durch Schmutz, Ungeziefer und Krankheit heruntergekommenes Mädchen, welches im Besitz einer Landstreicherin sich befunden, an sich genommen, geht dem Wolliner „Dampfboot" die Nachricht zu, daß erwähntes Kind die Tochter der verwittweten Fleischer Greul aus Wollin ist, welche letztere nach dem Tode ihres Mannes im Mai v. J. mit einem Fleischergesellen den Ort verlassen und sich seither in dessen Gesellschaft unter Mitführung des Kindes umhergetrieben hat. Das Kind, welches nicht ohne Gefahr erkrankt ist, befindet sich noch in der Obhut des des Gymnasial-Directors Dr. Lehmann; Frau Greul wird laut polizeilicher Weisung binnen Kurzem wieder in Wollin eintreffen.

[Ueber außergewöhnliche Wintertemperaturen] berichten die Chroniken Folgendes: 1172 waren im Winter die Bäume neu belaubt und die Vögel fingen an Nester zu bauen. 1289 gab es gar keinen Winter und die Temperatur war so frühlingsmäßig zu Weihnachten, daß die jungen Mädchen sich zu diesem Feste mit Veilchen schmückten. 1241 standen die Bäume im März in Blüthe, im Mai gab es reife Kirschen. 1538 entfalteten die Gärten schon im December und Januar ihren vollen Blüthenschmuck; 1572 waren die Bäume im Februar grün, ebenso 1588. In den Jahren 1607, 1609, 1617 gab es keinen Winter; 1659 gab es keinen Schnee und keinen Frost; 1722 brauchte man im Januar in Deutschland nicht mehr zu heizen und im Februar blühten sämmtliche Bäume. Auch 1807 gab es fast gar keinen Winter. Noch in frischer Erinerung sind die milden Winter von 1834 und 1846 ꝛc. In Petersburg wurde 1780 das Neujahr bei 8 Grad Wärme gefeiert.

[Lebendige Fische in einem Briefe.] Der Gedanke, lebendige Fische in einem recommandirten Briefe von Neapel nach London zu befördern, hat beim ersten Anblicke so viel Unglaubliches, daß er fast an's Lächerliche zu streifen scheint. Indessen ist derselbe in diesen Tagen hier erfolgreich ausgeführt worden. Fünf kleine zwei Zoll lange Seefischchen wurden am 4. Januar in nassem Seegras, in einem kleinen, 7 Unzen wiegenden Packetchen, als recommandirter Brief für das Aquarium im Crystallpalaste nach London gesandt. Am 7. Morgens kam die Sendung an. Die Fische waren bei Eröffnung der Verpackung etwas erschöpft gefunden. Als man sie jedoch in fließendes Seewasser setzte, kamen vier von den fünf kleinen Reisenden im Laufe des Tages ganz wieder zu sich und tummeln sich jetzt ganz munter in ihrem neuen Behälter herum. Die genannten Fische (Amphioxus) gehören zu den am niedrigsten organisirten Geschöpfen mit Rückenwirbel.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.